Nr. 286

12. Mai 1994

INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts 3 DM

2,50 DM

Liebe Leute!

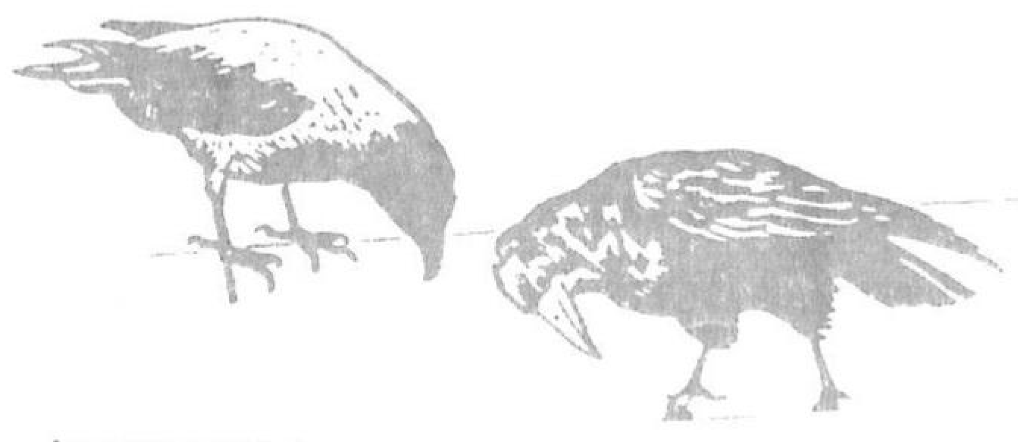
Diesmal hat uns der christliche Kalender wieder einmal gezwungen, unser schönes Heftchen ein bißchen früher fertigzustellen als sonst üblich. Demgemäß haben uns auch weniger Beiträge erreicht. Es brauchen sich also diejenigen nicht zu wundern, die bei uns ihren, vielleicht exzellenten Artikel abgegeben haben und ihn nun nicht wiederfinden.

Für diese Ausgabe haben wir ein längeres Papier über den Zusammenhang der Situation von Flüchtlingen und Kapitalstrategien zugeschickt bekommen. Wir veröffentlichen diese Thesen, enthalten uns eines Kommentars und verweisen auf einen Artikel, den wir aus der "Bahamas" übernommen haben und der auf blinde Flecken in der autonomen Diskussion eindringlich hinweist.

Freuen tun wir uns über die Freilassung von Bernd Rössner und grüßen von hier aus alle revolutionären Gefangenen, die noch drin sind ! Alle müssen raus !!

Die Schlachteplatte-Speisekarte des Ex muß leider draußen bleiben, solange es uns nicht nachgewiesen wird, daß die verkochten Tiere freiwillig gestorben sind.

Inhalt :



Vertriebsbedingungen:

Einzelabos und **Einzelbestellungen**, auch von alten Heften gibt es prinzipiell nicht. Das ist uns einfach zuviel Arbeit. (Wir wollen nicht ganz und gar in der Bürokratie versinken.) Geht bitte in den nächsten Info-Laden, dort müßte es eine komplette Sammlung zum Fotokopieren geben.

Ausnahmen davon gibt es folgende:

Knastabos gibt es umsonst und auch

Infoläden und -cafés außerhalb Berlins bekommen ein kostenloses Exemplar zum öffentlich Auslegen bzw. Zugänglichmachen.

Buchläden und andere **WiederverkäuferInnen** können jederzeit ab 3 Exemplaren bei uns bestellen.

Oder ihr tut euch mit euren FreundInnen und benachbarten WGs zusammen und bestellt mindestens 3 Hefte jede Woche.

Redaktionsschluß ist immer **montags**. Wenn's ganz dringend ist, könnt ihr's auch noch Dienstag probieren. Aber da leeren wir den Briefkasten nicht immer.

Alle **Artikel**, die ihr uns zusendet, sollen **fertig gestaltet** sein. Also, wenn ihr mit Schreibmaschine o. ä. schreibt, mal ab und zu ein neues Farbband. Typen sauber machen, 1-zeilig tippen, weißes Papier benutzen, so daß es gut zu lesen ist und vielleicht auch mal ein Foto oder eine Zeichnung mit einstreuen. Denn: das Auge liest ja schließlich auch mit, nicht wahr?

Artikel, die **nicht veroffentlicht** wurden, kommen in aller Regel ohne Kommentar in die Ordner. Diese befinden sich im Papiertiger, Cuvrystr. 25, im Kopierladen M99, Manteuffelstr. 99, im Nachladen, Waldemarstr. 36 und im Infoladen Daneben, Liebigstr. 34 und sind dort allgemein zugänglich.

Zuschriften, die nicht veröffentlicht werden sollen, und auch nicht in den Ordner dürfen, müssen groß und auffällig als solche gekennzeichnet werden.

Es gilt Anzeigenliste Nr. 4 vom 14. November 1990.

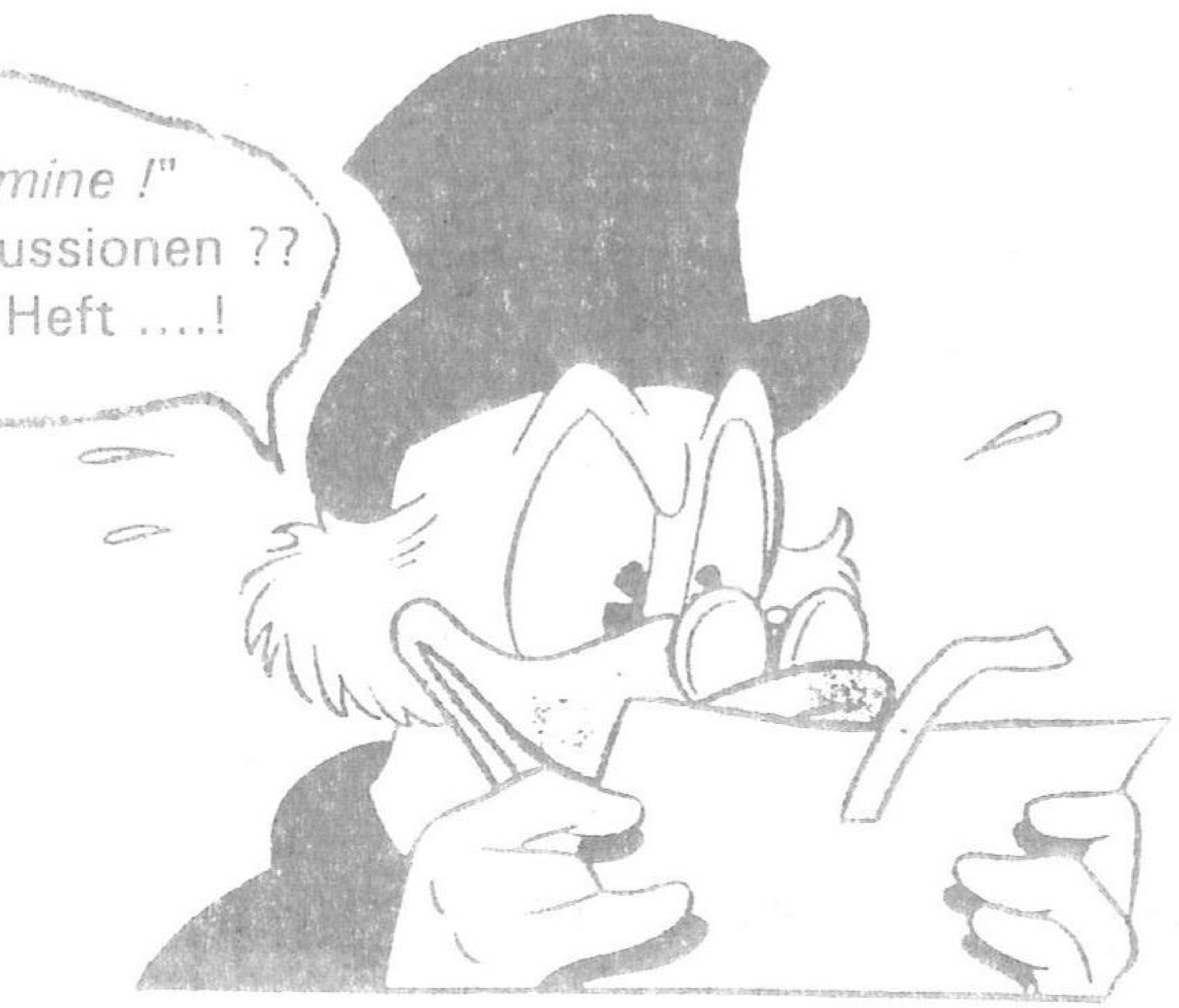
Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

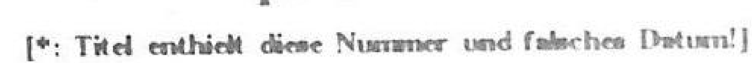
V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag



im Ordner :

- **Alternative Ringvorlesungen der HU**
- **Stellungnahme von Anti-Fascist Action/GB zu internationaler Solidarität (englische Version, dt. Übersetzung Antifa (M))**
- **Party am 7.5./ Mehringhof ("10 Jahre ohne Spectrum" zu spät)**
- **Mehrere Zeitungsartikel zum Abschiebeknast Büren**
- **Reaktion von ZwischenWelt e.V. zum Schreiben von "einigen Autonomen" (s.Interim 282 *[280*]* v. 14.4.) & Programm "Das ZwischenWelt-Festival des politischen Liedes"**


[*: Titel enthielt diese Nummer und falschen Datum!]

Abschiebung in Folter und Tod - Die SPD als Teil rassistischer Herrschaftssicherung - Dagegen: Gestank!

Wir haben am 5.5.94 die Berliner SPD-Zentrale in der Müllerstraße besucht und dort mit Buttersäure einige Duftmarken hinterlassen.
Nilgun Yildirim Berivan und Bedriye Tas Ronahi - zwei in der BRD lebende Kurdinnen haben sich am 21. März '94 in Mannheim verbrannt. In ihrem Abschiedsbrief haben sie geschrieben:
"Die Massaker in Kurdistan werden mit deutschen Waffen durchgeführt. Die letzten Aktionen der bundesdeutschen Polizei, die unter Hitler nicht schlimmer hätten sein können, gegenüber den TeilnehmerInnen der Newroz-Feierlichkeiten 1994 in der BRD waren der Tropfen, der das Faß überlaufen ließ. Für die Massaker in Cizre, Sirnak, Diyabakir und vielen anderen kurdischen Städten ist die Bundesregierung direkt verantwortlich. "

Die Reaktion auf den Tod von Nilgun und Bedriye waren Zerschlagung der Trauerkundgebungen, Verbot von kurdischen Veranstaltungen allgemein und eine Hetzjagd auf kurdische Menschen. Während CDU-Kanther noch mit der Türkei darüber verhandelte, daß den Deportierten in der Türkei keine Todesstrafe droht, signalisiert er damit, daß unterhalb dieser Schwelle alles erlaubt ist. Todesschüsse vollstreckt die türkische Armee in Kurdistan ohne Urteil.Das Gros der verantwortlichen SPD-PolitikerInnen unterstützt diese menschenverachtende Politik. So unterstützt Scharping die Regierungslinie: **"Ich würde jeden Kurden auch in die Türkei abschieben, der sich hier gewaltätig verhält, andere Leute bedroht oder sonst Gesetze mißachtet"(taz 9.4.).** Die praktische Umsetzung in SPD-regierten oder mitregierten Ländern sieht so aus: Nur einige Beispiele aus der FR der letzten Woche: *Im rot-grünen Niedersachsen wurde nach Angaben des dortigen Flüchtlingsrats eine 1989 in die BRD geflohene kurdische Familie am 13.4.94 ohne Vorankündigung zum sofortigen Verlassen des Landes aufgefordert. Der teilweise gelähmte Mann, der panische Angst vor den Repressalien in der Türkei äußerte, versuchte zu fliehen und wurde später in einem Waldstück mit den Symptomen eines Herzinfakts aufgefunden. Trotz ärztlich bezeugten medizinischen Behandlungsbedarf wurde die Familie in ein Flugzeug gesetzt und in die Türkei abgeschoben. Ebenso erging es dem kurdischen Flüchtling Enver Özden, der trotz einer Aufenthaltserlaubnis abgeschoben wurde, obwohl er vorher in der Türkei vom Militär gefoltert wurde und sein Heimatdorf zerstört wurde.In Berlin soll ein 17-jähriger kurdischer Jugendlicher in die Türkei deportiert werden, obwohl er dort völlig fremd ist. Ein schwer lungenkranker 56-jähriger Kurde sitzt seit Monaten in Auslieferungshaft in Berlin...*

Durch diese Ereignisse und die Positions- und Teilnahmslosigkeit der deutschen Linken sahen wir uns veranlaßt, die Mitverantwortlichen für Deportation, Waffenhandel und Völkermord nicht ruhig hinter ihren Schreibtischen in der Berliner SPD-Zentrale sitzen zu lassen. Jene, in der SPD, die noch über einen antirassistischen Ansatz zu verfügen vorgeben, rufen wir auf, diese Partei zu verlassen . Diese SPD die 1914 den Internationalismus, 1918 die Revolution preisgegeben hat, die im Godesberger Programm ihren Frieden mit dem Kapitalismus festschrieb, die sich an der Abschaffung des Asylrechts beteiligte, trägt mit ihrer regierungskonformen Politik gegen eine ganze Bevölkerungsgruppe die Mitverantwortung für die neue Qualität des staatlichen Rassismus.Mit unserer Aktion wollen wir für die Öffentlichkeit als auch innerhalb der Parteistrukturen deutlich machen, daß konsequente antirassistische Politik nicht mit der SPD, sondern nur gegen sie durchzusetzen ist. Mit dieser SPD ist kein Friede zu machen, und sind keine Dialoge zu führen. Ihr sind Niederlagen zuzuführen. In dieser Linie begreifen wir auch unsere Aktion.

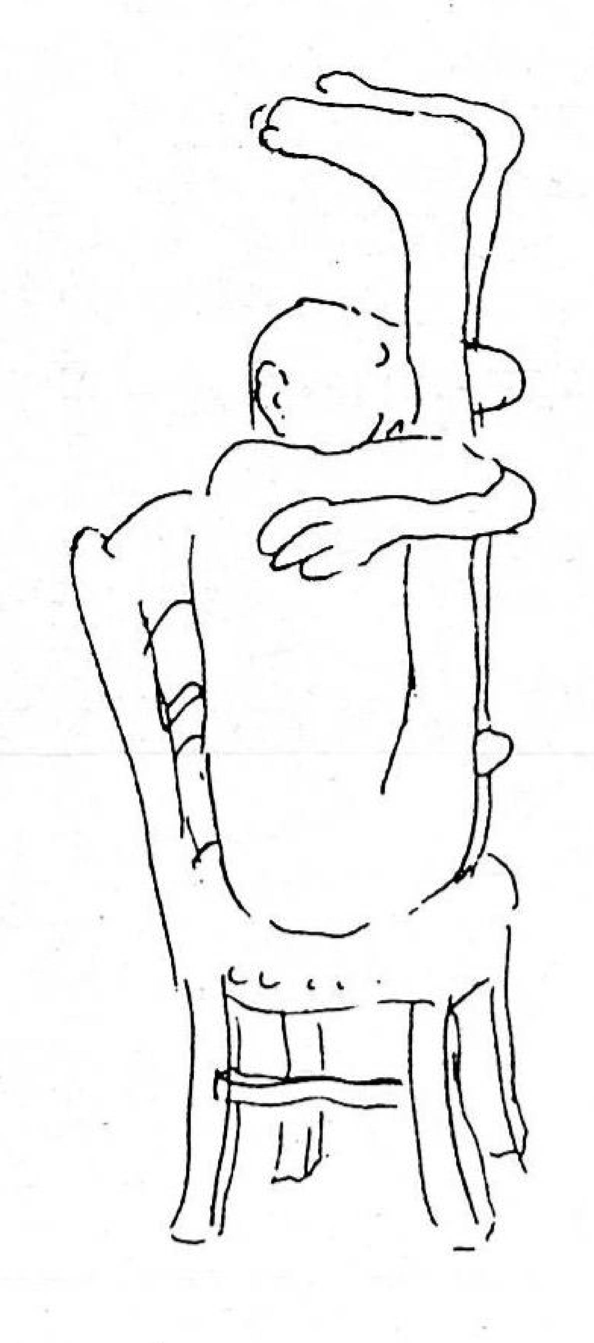
Anders als Nilgun und Bedriye sind wir der Meinung, daß die Maßnahmen unter Hitler bis zur Massenvernichtung in Auschwitz eine andere Dimension des Vernichtungswillens eines deutschen Staates zeigten. Was MigrantInnen, JüdInnen und anderen sogenannten Randgruppen in der BRD noch bevorstehen könnte, lassen die jüngsten Maßnahmen gegen Kurden und Kurdinnen erahnen. Das einzige Gegenmittel ist die Selbstorganisation der Betroffenen und die solidarische Unterstützung der antirassistischen Linken.

Die Deportationen stoppen!
Keine Waffenlieferungen an die Türkei!
Sofortige Freilassung aller inhaftierten revolutionären Kurden und Kurdinnen!
Liebe und Kraft allen kämpfenden revolutionären Gefangenen!

Hoch die internationale Solidarität!

aus Berliner Zeitung v. 6.5.94

Wedding: Im SPD-Gebäude an der Müllerstraße entdeckten gestern morgen Mitarbeiter zwei Reagenzgläser, die vermutlich mit Buttersäure gefüllt waren. Beide Behältnisse waren an einer Aufzugstür befestigt und wären zersprungen, wenn der Lift betätigt worden wäre. Neben dem Aufzug fanden Polizeibeamte drei Bezichtigungsschreiben. Der Staatsschutz ermittelt.





Der Terminator, die "Männlichkeit" schlechthin

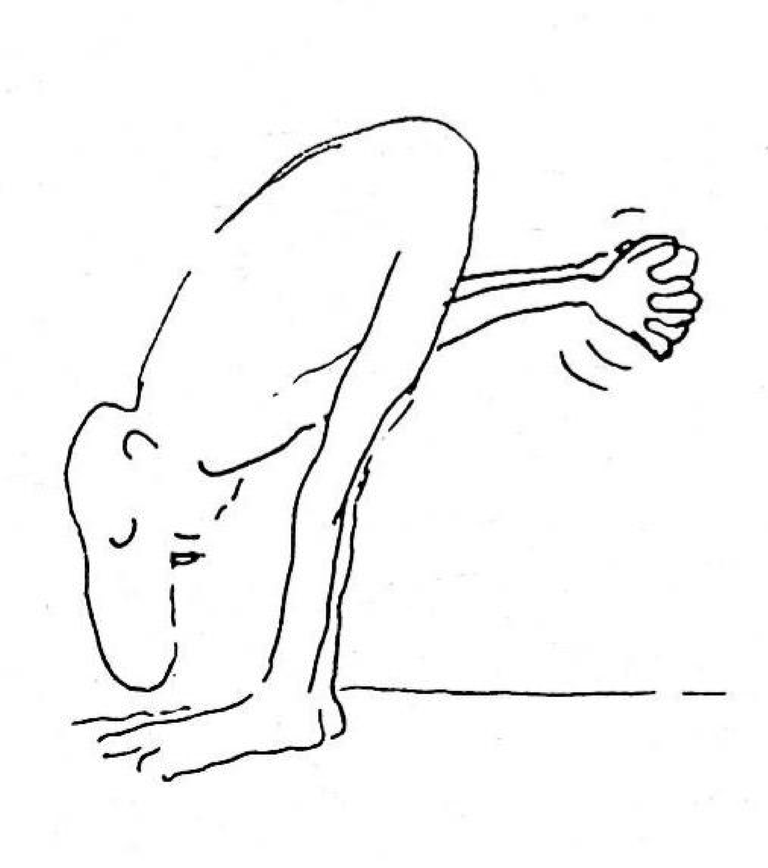
Noch IMMER ist das Männerleben aufgespalten in einen öffentlichen und einen privaten Bereich.
Noch IMMER werden Jungen und Männer sach- und funktionsorientiert erzogen, um sie auf ihre öffentliche Rolle vorzubereiten.
Noch IMMER werden Jungen und Männer dabei von ihren Befindlichkeiten (Ängste, Lüste, Launen, Ambivalenzen) und damit der eigenen Köperwahrnehmung entfremdet.
Jungen und Männern wird signalisiert, ihre Ängste und Widerstände (also ihr Körpergfühl) seien weniger wichtig als ihre zielgerichteten Handlungen. Im Gegenteil, die belohnenswerte Leistung eines "richtigen" Jungen oder Mannes bestehe gerade darin, diese Ängste (den innern Schweinehund) zu überwinden, sich zusammenzunehmen und hart gegen sich selbst zu sein.

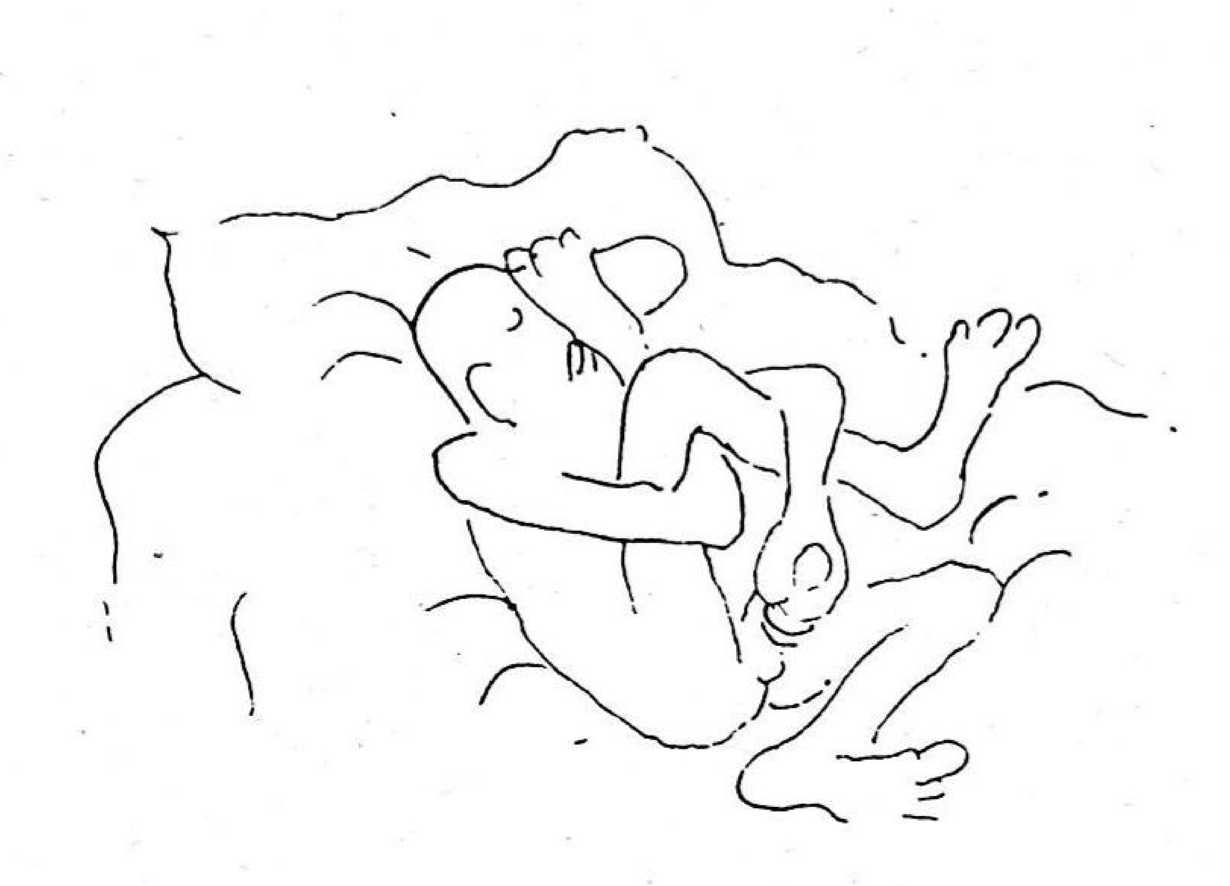
Selbst wenn Eltern ihren Kindern dies gerade nicht mehr beibringen wollen, oder einige von uns Männern denken bzw. so tun, als ob sie das alles schon abgelegt hätten, so stoßen die Jungen und Männer doch spätestens bei Freunden, in der Schule, im Betrieb oder im Sportverein darauf , daß oft nicht ihre Stimmung oder ihre Zufriedenheit, sondern ihre Leistung zählt. Anerkennung gibt es in erster Linie wenn die Erwartungen erfüllt werden, d.h. wenn in der permanenten Konkurrenz bestanden wird. Dies erzeugt immer neuen Erwartungsdruck. Inzwischen erstreckt sich der Wettbewerb (wieder) auf den Männerkörper.
Was der Junge an Konzentration durch Selbstreduktion in seiner Kindheit lernt, und was er später im "Mann sein" weiterführt, soll ihn zu zielgerichtetem Handeln in einer öffentlichen Funktion qualifizieren.
Die öffentliche Zurichtung funktioniert dadurch, daß er dem herrschenden Männerbild entspricht. Der Junge/Mann erwartet eine Belohnung, die Entschädigung für Geleistetes. Er hat sein schweißtreibendes Training nicht bloß so gemacht, er will hören, daß der ihm dadurch geschenkte muskulöse und gestählte Body auch toll gefunden wird; das macht den Wert der ganzen Plakerei aus.
Er kann sich so an dem modischen Mannsbild orientieren, hat also schon mal die eigene Identität vor sich und braucht ihr nur noch nachzueifern (is ja auch viel einfacher als sich selbst Gedanken darüber zu machen, was mann will und was einem Spaß macht), und er ist sich des Lobes schon ganz sicher, schon bevor er dem Idealtyp entspricht. Da ist dann auch noch viel Platz für Träumerei, nach dem Motto, wenn Ich so stark wie Popeye wär.
Alle (unmittelbaren) Gefühle bleiben bei diesem "Konkurrenz- und Hierarchiekampf " unberücksichtigt.
Denn der Mann hat gelernt, daß er nicht einfach als Person, sondern durch seine Leistungen als Mann anerkannt wird. Ein Nichterfüllen dieser Rolle bedeutet also eine Aberkennung der "männlichen Identität". Der Mann braucht also die Belohnung für seine Leistung nicht nur als persönlichen "Entbehrungsersatz", noch wichtiger ist sie als öffentliche Trophäe, die seine Identität bestätigen soll. Weil männliche Leistungen sich nicht an eigenen Bedürfnissen sondern an fremden Vorgaben orientieren, benötigen sie auch eine entfremdete Beurteilung. "Leistungen" sollen deshalb beurteilt werden, weil von ihnen die "Bewertung" des Mannes abhängig gemacht wird, der sie erbringt. Diese unsinnige "Bewertung" eines Menschen ist oft der quantitative Maßstab des männlichen Denkens und Handelns, der KONKURRENZ.
Um "Leistungen" vergleichen zu können, muß das "öffentliche Leben" in einem hohen Grad standardisiert sein. Da eine ständige Konkurrenz unter Männern anstrengend ist, richten sich Männer in Hierarchien und Ordnungen ein. D.h., sie erkennen die gesellschaftlichen Spielregeln an.
Sie geben den "Konkurrenzkampf" auf und sichern sich durch Akzeptanz des "Überlegenen" einen Platz im Männerbund. Mit andern Worten, das akzeptierte Maß an Fremdbestimmung, deren Inhalt weitgehend egal ist, zeichnet den gesellschaftlich integrierten Mann aus.

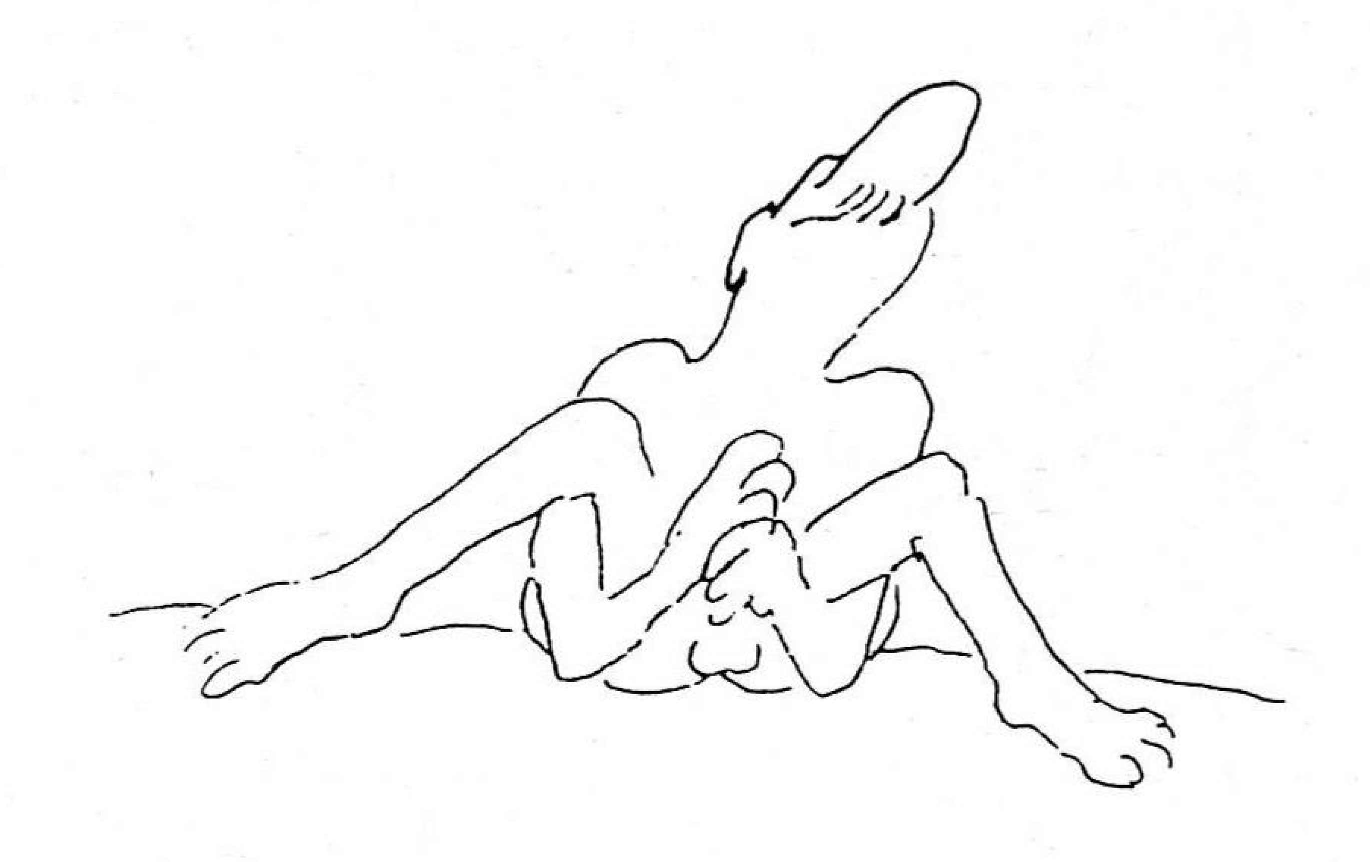


Wer bestimmen darf, braucht sich mit anderen nicht länger auseinanderzusetzen. Er wird als Mann akzeptiert, ohne sich mit sich selbst konfrontieren zu müssen.

Aus "1.Mai Mackazin" (Faltblatt), welches von Männern verteilt wurde.







Die Linke und die "soziale Frage"

Wie rechte Wahlerfolge, Nationalismus und Rassismus zusammenhängen

Die Erfolge der Rechten bei der Hamburger Bürgerschaftswahl im September von insgesamt 8% der Wählerstimmen haben die Bemühungen beschleunigt, den Faschisten "ihre Themen" zu klauen. Die SPD definiert sich dabei einmal mehr als "Partei der kleinen Leute", da es *"eine Demokratie gegen unten auf Dauer nicht geben kann"*, wie Voscherau erklärte. Die Annäherung an das "gesunde Volksempfinden der kleinen Leute" kann nur rechts enden.

Doch nicht nur die SPD, sondern der größte Teil der Linken verknüpft den Anstieg rechter Überzeugungen mit der Suche nach sozialen Alternativen. Dabei kommt ein alter linker Schlager wieder zu Ehren: das soziale Subjekt als Subjekt der Veränderung — revolutionär, reformistisch oder einfach nur als sozialstaatlich zu gewinnendes definiert. Im Folgenden bin ich der Frage nachgegangen, warum die Vision von Friedrich Engels aus dem Jahre 1845 heute so meilenweit von der Wirklichkeit entfernt ist:

"Die Proletarier aber haben in allen Ländern ein und dasselbe Interesse, einen und denselben Feind, ein und denselben Kampf vor sich: die Proletarier sind der großen Masse nach schon von Natur ohne Nationalvorurteile, und ihre ganze Bildung und Bewegung ist wesentlich humanistisch, antinational. Die Proletarier allein können die Nationalität vernichten, das erwachende Proletariat allein kann die verschiedenen Nationen fraternisieren lassen." (1) Warum sind die heutigen "Proletarier" nicht antinational, sondern ausgesprochen national im Denken und sozialen Handeln?

Rechts aus sozialen Gründen?

Die Überlegung, den Rechten sozial und arbeitsmarktpolitisch das Wasser abzugraben, basiert auf der Einschätzung, daß die Wähler die Rechten aus "sozialen Gründen" wählen. Dafür gibt es zwar keine Belege, denn weder wurden sie überwiegend von sozial Ausgegrenzten oder den "Modernisierungsverlierern" — den Lieblingskindern deutscher Soziologen — gewählt, noch weisen sich rechte Parteien wie Reps, DVU, NPD oder die kleinen Nazigruppen durch wirtschaftliche und soziale Alternativen aus. Ihre Programme sind schlicht gestrickt: gegen Ausländer, gegen Mafia und Kriminalität, für deutsche Arbeitsplätze und Wohnungen für Deutsche. Das ist alles. Führer und Kandidaten der Rechten mit Massenanklang sind keine intellektuellen Könner, die argumentativer Auseinandersetzung standhalten, sondern dumpfe (meist) Männer und Frauen wie er und sie. Sie sind wie ihre Vorbilder, die nationalsozialistischen Führer, Witzfiguren, wenngleich deren demagogische Begabung größer war.

Spätestens seit den Kommunalwahlen in Hessen und den Hamburger Wahlen ist es allerdings eine Tatsache, daß — ähnlich wie bei der Wählerschaft Le Pens in Frankreich — der Arbeiteranteil unter den rechten Wählern zu Lasten der SPD ansteigt. Folglich, so die sozialdemokratische Konsequenz und die der meisten Linken und Autonomen, sind soziale (gleich: Wohnungs-, Lohn- und Arbeitsplatz-) Fragen ursächlich für die rechten Wahlerfolge. Der neudeutsche Rassismus und Nationalismus wird in dieser Sichtweise nicht in seinen ideologischen Überzeugungen ernstgenommen, also als rechter Protest, sondern zu einem "deformierten" sozialen Protest uminterpretiert: *"Daß die enttäuschten und betrogenen ArbeiterwählerInnen erst einmal nach rechts wandern, liegt an dem offensichtlichen Mangel einer Alternative"*, schrieb die in KPO-Tradition stehende Gruppe Arbeiterpolitik nach der Hessenwahl. In einer *"Situation zunehmender Verunsicherung breiter Bevölkerungskreise, was die weiteren wirtschaftlichen und politischen Perspektiven betrifft, greifen Stimmungen um sich, die gesellschaftliche Minderheiten zum Sündenbock für die Probleme machen"* ("Arbeiterpolitik", Nr. 3, 5.7.93).

Also fehlt der Aufbau einer Alternative, einer reformistischen oder gar revolutionären, um den deformierten Protest links zu wenden, bzw. die rechten Überzeugungen zu neutralisieren? Georg Fülberth hatte ebenfalls nach Hessen in "Konkret" (3/93) einer *"linken Protestpartei"* als *"Gegengewicht zu Schönhuber"* Chancen gegeben, wenn sie *"sozial in den Schichten verankert"* wäre, aus denen die "Republikaner" ihren Zulauf erhielten. Bedingung: linkes Klinkenputzen in den entsprechenden "Quartieren". Was er den Leuten allerdings erzählen will — kämpft für Wohnungen, nicht gegen Ausländer, kämpft für Arbeitsplätze, aber gegen den "Standort Deutschland"? — ließ er offen. Bis weit in die Kreise der Autonomen und der Zeitschrift "wildcat" hinein wird dieser Ansatz geteilt, wenngleich nicht immer mit der Wahlfrage verknüpft (2).

Die Themen der Faschisten aufgreifen?

Noch krasser fällt die Auswertung der BWK-Spitzenkandidatin der "Linke Alternative — wehrt euch" nach der Hamburger Wahl aus, die ich ausführlich zitieren will. Das Erstarken der Faschisten führt sie auf *"inhaltliche Schwächen"* der 0,5%-Liste zurück, die *"darin bestehen, daß wir kein eigenes Urteil zu den gesellschaftlichen Phänomenen und Prozessen wagen, die die Rechten aufgreifen"*. Glaubt man noch, daß von mangelnder Kapitalismuskritik die Rede ist (deren Wählbarkeit allerdings zu bezweifeln ist), folgt — kaum zu glauben: *"Ich will in keinster Weise einer Auffassung das Wort reden, daß nun auch die Linke das ‚Asylantenproblem', das ‚Ausländerproblem', das ‚Kriminalitätsproblem' usw. anzuerkennen und jeweils ‚Lösungen' anzubieten hätte."* Man ahnt schon das "aber". Als Beispiel bringt sie den DVU-Wahlkampf gegen Kriminalität, wonach zunehmend Menschen abends überfallen werden. *"Das kommt täglich tausendfach vor. Die DVU greift die Angst davor, Opfer von Gewalthandlungen zu werden, auf und empfiehlt totalitäre Staatsmaßnahmen."* Dagegen würde man nur antworten, *"wohin der Totalitarismus führt"*, trage *"aber nicht zur Aufklärung der Angst und zu einer Orientierung desjenigen, der Angst verspürt"*, bei. Folgerung: *"Meiner Meinung nach ist es an der Zeit, die Themen, die die Faschisten aufgreifen und durch die sie zum Erfolg kommen wollen, einmal zusammenzustellen und die inhaltliche Auseinandersetzung zu entfalten. Die gesellschaftlichen Phänomene, an denen sich DVU, REPs und andere hochziehen, müssen inhaltlich zum Gegenstand antifaschistischer Politik werden, wo sie es noch nicht sind."* Nun wäre man natürlich auf die Auseinandersetzung und Schlußfolgerung gespannt, die bleibt aber (noch?) aus. Gefordert wird — dreizehn Jahre nach Gründung der Grünen — nur, *"daß die politischen Bewegungen an sachlicher Kompetenz gewinnen."* (alle Zitate aus: Lokalberichte Hamburg, Nr. 20/Oktober 1993)

Heillose Verwirrung! Sieht man einmal von der Omnipotenz einer Nullkomma-Gruppierung ab, sie habe den Wahlerfolg der Faschisten wegen inhaltlicher Fehler nicht verhindert, abgesehen von der Tatsache, daß sie nicht einmal die Nichtfaschisten gewinnen konnte (oder sind etwa die Chancen im faschistischen Lager linke Stimmen zu werben größer?), bleibt als Aussage stehen: die Faschisten greifen ernsthafte, reale Probleme der Menschen auf und wir müssen ihnen die Themen klauen. Daß dabei letztlich nicht mehr als ein Sozialprogramm rauskommen würde ist eines, daß die "sachliche Kompetenz der Bewegungen" bei Forderungen wie jener der GAL zur "Inneren Sicherheit" ("Mehr Fußstreifen der Polizei", damit der Bürger sich sicher fühle) enden würde, das andere.

Grundsätzlich wird aber, gutwillig interpretiert, der Irrglaube verfolgt, Wissen einerseits, Aufklärung und Kompetenz andererseits könnten rechte Wähler von ihrem Vorhaben abhalten. Dabei hat der BWK Hamburg einen Schlüssel zur Erklärung rechter Erfolge selber publiziert. In der gleichen Ausgabe der "Lokalberichte" wird von einem Presseauftritt des DVU-Kandidaten Reimers berichtet: *"In seinem Statement brachte Reimers keinen korrekten Satz raus, vermittelte vollständige Inkompetenz und verweigerte genaue Antworten auf Nachfragen."* Kommentar: *"Dieser Kandidat hat der DVU massiv geschadet. Faschistische Wähler sind autoritätsgläubig, aber wer nimmt eine lächerliche Gestalt als Autorität an?"* Ob er geschadet hat, bezweifle ich genauso wie seinen Nutzen als Kandidat für den Wahlerfolg (2,6%), beweisen kann ich es so wenig wie der BWK das Gegenteil. Daß klügere Demagogen den Rechten nützen würden, ist sicher unzweifelhaft. Nun ist aber bekannt, daß im schleswig-holsteinischen Wahlkampf die DVU mit eben solchen "lächerlichen Gestalten", die kaum jemand kannte — auch die DVU-Wähler nicht —, mit massenhaften Hauswurfsendungen drei Meter hoch gehängten Wahlplakaten und den einfachen Parolen "Deutsche zuerst", "Ausländer raus" über die 5% gekommen ist. Kompetenz? Das Gegenteil dürfte der Fall sein.

Nationalismus statt Internationalismus

Weil die hier zitierten Positionen nicht begreifen (wollen), daß der Kern faschistischer Wahlerfolge in aller Regel nicht der Inkompetenz der Alternativen geschuldet ist, nicht in mangelnder Aufklärung und Irregeleitetsein wurzelt, sondern der bewußte Rekurs auf Überzeugungen und Ideologien ist, die materielle Grundlagen haben, kommen sie zu solchen offenkundigen Verkürzungen. Der faschistische Wähler weiß sehr wohl, daß Deutschsein ein Privileg ist, das die ärmste deutsche Sau vom Nichtdeutschen unterscheidet. Der bewußte Bezug der Rechten auf den Nationalismus und den Rassismus basiert nicht auf Hirngespinsten, sondern auf gesellschaftlich erfahrbarer Realität, wie ihnen zuletzt die Asylverhinderungsdiskussion bewiesen hat und ab 1.1.94 die Tatsache, daß Besitzer eines deutschen oder EU-Passes von den Arbeitsämtern bei der Vergabe von Arbeitsplätzen allen anderen vorzuziehen sind. Das gleiche gilt für die Behandlung "Krimineller". Jeder Rechte weiß, daß es Gesetze gibt und weitere möglich sind, nichtdeutsche Täter abzuschieben, statt sie vor ein Gericht zu stellen.

Damit bestreite ich nicht den Zusammenhang rechter Wahlerfolge zu sozialen Entwicklungen. Nur ist dieser anders gelagert, als es die Vertreter der "sozialen Frage" meinen. Die "soziale Frage" hat im entwickelten Imperialismus nicht mehr die Sprengkraft, wie im letzten und zu Anfang dieses Jahrhunderts, sondern die Sprengkraft liegt heute in den Teilen der Welt, die als Ödland imperialistischer Weltmarktpolitik dahinvegetieren. Es gibt ein materielles, subjektives Interesse der Metropolenbewohner an der Aufrechterhaltung der hierauf basierenden Weltordnung. Sie haben erfahren, daß sie trotz Klassengegensatzes im Imperialismus als ausgebeutete Klassen sozial von dieser Ordnung profitieren.

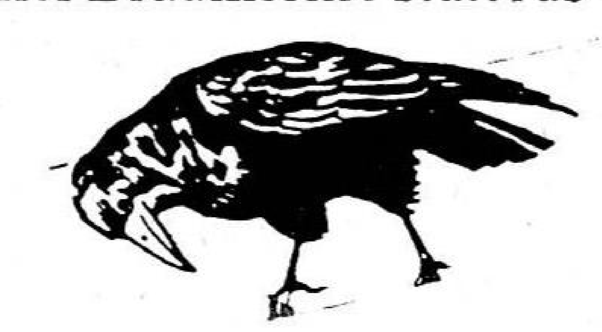
Soziale Gefährdungen bisheriger Standards setzen deswegen nicht proletarischen Internationalismus frei, sondern "proletarischen Nationalismus" (wie er in allen westeuropäischen Staaten zu beobachten ist), sowie den latenten Rassismus des Metropolenbewohners. Der deutsche "Proletarier" verteidigt seine relativen Privilegien, er definiert trotz Klassengegensatzes sein Interesse näher dem der Kapitalbesitzer, als dem, der pauperisierten Massen in der Welt.

In den ersten vierzig Nachkriegsjahren war in der BRD die "soziale Frage" gelöst — nicht die aus der Eigentumsordnung resultierende Ungleichheit und Hierarchisierung, sondern die der Pauperisierung, die Marx/Engels als entscheidend für das Soziale als revolutionierenden Sprengstoff ansahen. Gelöst insofern, als das deutsche Wohlfahrtsmodell einer Wachstumswirtschaft sozialen Konfliktstoff integrativ in einem durchgegliederten Tarif- und Sozialabsicherungssystem auffangen konnte. Damit war sozialer Kampf nicht überflüssig, aber auf die Möglichkeit ökonomischer und sozialer Umverteilung in der "sozialen Marktwirtschaft" reduziert (was insbesondere den gewerkschaftlichen Kampf geprägt hat). Die Umwälzung des Bestehenden war für die hier Lebenden nicht zwingend, es gab im nationalstaatlichen Rahmen erfahrbare Interessensgegensätze, aber keine Antagonismen. Sozialer Kampf wurde zum Kampf um die Ausgestaltung des Sozialstaats, der in die Sozialintegration der Ausgebeuteten gemündet ist. Das unterscheidet die Erfahrungen heutiger deutscher Menschen von denen im Kapitalismus des letzten und der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts.

Soziale Frage und "Standort Deutschland"

Die soziale Realität und Nachkriegserfahrung ebenso wie die Ideologie von Gewerkschaften und Sozialdemokratie vom "Modell Deutschland" haben bis heute das Bewußtsein der Ausgebeuteten geprägt. Alles für die Konkurrenzfähigkeit des Standorts Deutschland zu tun, ist ein in "Fleisch und Blut" übergegangener Standard. Die deutsche Spitzenstellung auf dem Weltmarkt als Maßstab für die Realisierung sozialer Interessen ist nationaler Konsens, für den Mehrarbeit oder Arbeitszeitverkürzung bei weniger Lohn ebenso in Kauf genommen werden, wie die Reduzierung sozialer Standards. Als Beispiel, wie Regierungskritiker damit umgehen, sei hier der ehemalige linke Gewerkschafter und heutige fraktionslose Bundestagsabgeordnete Ulrich Briefs erwähnt, der in einer Somalia-Debatte des Bundestags die Kosten von 800 Millionen DM für den Bundeswehreinsatz in Belet Uen damit kritisiert, daß dies mehr sei, *"als die Summe, die beispielsweise im Hochschulausbauprogramm fehlt, um von dieser Seite her der Misere in diesem standortwichtigen Bereich der Hochschulen zu Leibe zu rücken"* (Das Parlament, 5.11.93). Für den Standort Deutschland ist eben kein Argument zu blöde.

Weil die jetzige Welle von Deregulierung und Sozialabbau unwiederbringlich das Ende des bisherigen Wohlfahrtsstaates anzeigt, werden die sozialen Konflikte unzweifelhaft zunehmen. Sie werden aber auf der Basis der prinzipiellen Akzeptanz von D-Mark und deutschen Spitzenprodukten als Quelle des Wohlstands nicht sozialrevolutionäre Energien freisetzen, sondern einen verschärften Konkurrenzkampf um den Platz an den deutschen Versorgungströgen, die vermeintlichen Wohlstand garantieren, auslösen. Die Zunahme der Konkurrenz wird unvermeidlich deutsch gelöst werden. Die öffentliche Resonanz auf die mörderischen Aktionen gegen Flüchtlinge sind da ebenso ein Vorgeschmack, wie die Rufe nach deutschem Stahl, deutscher Steinkohle, deutscher Braunkohle statt rus-



sischem Erdgas, deutschem statt norwegischem Fisch und Deutscher Mark statt europäischem "Esperanto-Geld" (Gauweiler, Schönhuber) zunehmen werden. Das heißt: soziale Kämpfe werden zunehmend sozialchauvinistisch, nationalistisch geführt, und das durchaus radikalisiert. Kein Zuckerschlecken für Nichtdeutsche hierzulande!

Wahrscheinlicher als die Solidarität wird die konkurrierende Hierarchisierung in Form unterschiedlicher Lohn- und Arbeitsmärkte, das Herausfallen "Arbeitsunfähiger", die Hierarchie gegenüber den Nichtdeutschen sein.

Comeback der Sozialreformisten?

Das alles muß ja noch kein Argument gegen linke Versuche sein, im Ringen um soziale Befreiung antinationale und antikapitalistische Positionen zu vertreten. Doch welche? Und auf welche Subjekte will man sich dabei beziehen?

Derzeit ist nach der nationalen Verwirrung der Linken um die deutsche Einheit, die von positiver Besetzung des "deutschen Selbstbestimmungsrechts" bis zum Abtauchen der Sozialrevolutionäre (die bekanntlich keine Grenzen kennen) reichte, ein Comeback all jener Ansätze zu erwarten, die ihre Politik überwiegend sozial definieren. Sei es der sozialpolitisch-sozialarbeiterische Ansatz der PDS (die Jugend von der Straße holen), oder die Strömungen, die in irgendeiner Weise das revolutionäre (oder eher: sozialreformierte) Subjekt Arbeiterklasse, oder weiter gefaßt "der Klasse" allgemein (wie es Autonome gern formulieren) wiederentdecken. Rassismus und Nationalismus "der Klasse" können dabei nur stören. Drei Tendenzen zeichnen sich ab:

Zum einen der *sozial-nationale* Ansatz, der vor allem in der DDR-Linken, der PDS und der DKP eine starke Basis hat und das "gute Nationale" mit Sozialpolitik verknüpfen möchte. Bei weiterer Radikalisierung von Abwehrkämpfen gegen Entlassungen ist durchaus möglich, daß sich dabei eine nationalrevolutionäre Strömung herausbildet.

Zum zweiten der *sozialreformerische* Ansatz, für den durchaus beispielhaft (wenngleich nicht seiner Bedeutung entsprechend) der oben zitierte BWK-Ansatz gelten kann, der vor allem aber in der PDS, der DKP und bei Teilen der Autonomen verbreitet ist. Der oben zitierte Versuch, Sachkompetenz der Bewegungen und überzeugende Alternativen der Linken einzuklagen, verläuft geradezu antizyklisch zur ökonomischen und sozialen Entwicklung. Bisher haben Linke immer so argumentiert, daß die Forderungen bezahlbar seien, man müsse sich nur das Geld vom Kapital erkämpfen. Daß diese Klassenpolitik allerdings nur Abfallprodukt der ungebrochenen Erfolge des Wachstumsmodells der deutschen Wirtschaft war, also gerade auf deren Expansion basierte, hat auch die Klasse "korrumpiert". Die Arbeiter bei Opel und VW überzeugt nicht so sehr die Kapitalstärke ihrer Unternehmen, sondern die Sorge um die Absatzmärkte. Sie haben durchaus realistisch erkannt, daß ihr Wohl und Wehe an die künftige Expansionsfähigkeit ihres Unternehmens gekoppelt ist, es ist nie anders gewesen. So wird sich ihr Kampf in der nächsten Zeit zwischen der Bereitschaft, Erreichtes aufzugeben (Einbußen von Lohn, 14. Monatsgehalt, Anteilen von Weihnachts- und Urlaubsgeld) und allzu forsche Einsparungen abzuwehren, abspielen. Auf die gesellschaftliche Ebene übertragen vollzieht sich in allen sozialen Bereichen der gleiche Prozeß. Wer da noch wie der BWK und andere an Sozialreformen und Alternativen glaubt, ist von dieser Entwicklung schneller überrollt, als er diese formulieren kann. Gemessen an dem bisherigen Zusammenhang von ökonomischer Weltmarktstärke und sozialer Teilhabe leuchtet die Behauptung, daß für Reformen kein Geld da sei, durchaus ein. Die Sozialdemokraten haben sich realistischerweise jede Reformpolitik abgeschminkt. Ihre aktuellen Umverteilungs-Alternativen werden sich an der Devise, was nützt der deutschen Konkurrenzfähigkeit, und wie ist dieser Nutzen als Schaden für die Leute sozialverträglich umsetzbar, profilieren wollen. Will die reformistische Linke damit konkurrieren?

Einen anderen Ansatz sucht die *sozialrevolutionäre* Linke, für die hier beispielhaft Karl Heinz Roth mit seinem Beitrag *"Die Wiederkehr der Proletarität und die Angst der Linken"* angeführt werden soll (3), und der erwartungsgemäß relativ große Resonanz in der gewerkschaftlichen Linken und bei Autonomen gefunden hat. Er sieht im Wechsel zum postfordistischen Produktionsmodell des Toyotismus und der umfassenden Deregulierung eine Tendenz zur Pauperisierung nicht nur im nationalen Rahmen, sondern international. Da mittlerweile der größte Teil der Linken als entweder *"selbständige Arbeiter"* oder in prekären Arbeitsverhältnissen Teil dieser weltweiten Tendenz einer *"neuen Proletarität"* sei, sieht Roth gute Chancen einer linken Reorganisierung an der Basis: In *"Proletarischen Zirkeln"* von unten könnten auf der Basis eines "Minimalkonsenses" (*"die Analyse der aktuellen Klassenverhältnisse und die grundsätzliche Ablehnung von Ausbeutungsverhältnissen mitsamt ihren sozialrassistischen Projektionsfeldern"*) Sozialrevolutionäre, Autonome, Sozialisten, Kommunisten und linke Gewerkschafter wieder ins Gespräch kommen. Im Übergang zum 21. Jahrhundert entstehe *"eine weltweite Nivellierung der Klassenlagen, die die bisherigen Unterschiede zwischen erster, zweiter und dritter Welt genauso aufhebt wie alle bisherigen Strategien zur 'nationalen' Fixierung von sozialen Emanzipationsbewegungen"*.

Pauschal widerspreche ich ihm (4): sowohl die generelle Pauperisierung hierzulande als auch die Nivellierung der Klassenlagen weltweit sind ein Konstrukt, das zwar die praktische Konsequenz "Proletarischer Zirkel" begründen kann, da mit der weltweiten Verarmung von den Metropolen bis zur Peripherie endlich wieder der Sprengstoff der sozialen Frage in die Metropolen zurückgekehrt wäre und die Linke wieder ihr revolutionäres Subjekt hätte. Da weder Roth dies schreibt, noch ich davon ausgehe, daß die deutsche Wirtschaftsmacht (oder japanische oder amerikanische) untergeht, sondern sich aufgrund der verschärften Konkurrenz des erweiterten Weltmarkts neu positioniert, wird der derzeitige Deregulierungsprozeß die bisherigen Standards absenken, aber nur relativ und nicht absolut auf das Niveau der dritten Welt. Nicht weniger Konkurrenz der Einkommenshierarchien wird die Folge sein, da die soziale Krise der ersten auch auf die dritte Welt zurückschlägt.

Die *"multiethnische proletarische Gegenkultur"* Roths, die die Aufgabe hat, gemeinsame Kampfformen zu definieren und *"militante Kampagnen für verbesserte Einkommen und Arbeitsbedingungen"* zu entwickeln, die *"beispielgebend in eine Kultur der vaterlandslosen proletarischen Egalität"* führen soll, ist ein schöner Gedanke, aber sie wird ein Konstrukt bleiben. Vom obigen reformistischen Konzept unterscheidet sich dieser Ansatz nur in den Formen des Widerstands, der propagierten Militanz und den illegalen Kampfmitteln. Roth wird erleben, daß sich darauf all jene Kreise der Linken stürzen werden, die seinen gedachten sozialrevolutionären Ansatz mit ihrer Vorstellung von reformistischer Politik verbinden. Die bisherige Rezeption seines Textes zwischen VSP und PDS läßt ahnen, daß am Ende nur ein Minimalkonsens bleibt: wir stehen zur "sozialen Frage" und zum "Proletariat".

Antinationale Linke

Gegenüber dem "Rollback" der reformistischen Linken an der "sozialen Frage" wird es notwendig werden, eine antinationale Linke zu formieren, die den Widerstand gegen das deutsche Projekt nicht nur sozial, sondern politisch begründet. Entsprechend heißt dies auch, die Subjektfrage

anders zu beantworten. Zwar wird und muß auch für die antinationale Linke die soziale Frage als ökonomische zentral sein, da der Kapitalismus mehr denn je die Verelendung immer größerer Teile der Erde forciert und keinerlei Klassengegensätze auflöst. Doch läßt sich dies weniger national, sondern vor allem international analysieren. Die objektive Notwendigkeit, die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse zu revolutionieren, findet gerade auf nationaler Ebene kaum subjektive Entsprechung. Wer also Notwendigkeit und Subjektsuche gleichermaßen aus der sozialen Frage ableitet, steht unweigerlich vor der Tatsache, daß er es mit rassistischen und nationalistischen sozialen Subjekten zu tun hat. Keine nur soziale Klassenorientierung wird dieses Problem überwinden können. Eher ist zu befürchten, daß sie nationale oder gar nationalrevolutionäre Tendenzen in der Linken hervorbringen wird.

Antinationale, antideutsche revolutionäre Politik muß daher im Kampf gegen Kapitalismus und Imperialismus die Abgrenzung von Nationalismus und Rassismus in den Mittelpunkt stellen. Die Subjekte eines linksradikalen Projekts lassen sich nicht klassenmäßig sozial definieren, sondern nur politisch. Wenn die Arbeiter des 19. Jahrhunderts kein Vaterland hatten (so das "Kommunistische Manifest"), dann sind in den imperialistischen Metropolen diejenigen, die kein Vaterland haben (wollen), die "Arbeiter" des ausgehenden 20. Jahrhunderts (5).

Heiner Möller

Anmerkungen:
1) MEW 2, Berlin 1974, Friedrich Engels, Das Fest der Nationen in London
2) Siehe hierzu die ausführliche Darstellung zu den Reaktionen auf Hoyerswerda und Rostock in: Siegler/Tolmein/Wiedemann, Der Pakt: die Rechten und der Staat, Göttingen 1993 — insbesondere Teil 4: Linke gegen rechts.
3) Der Text ist vollständig abgedruckt in: Frombeloff/Bremen (Hg.), ...und es begann die Zeit der Autonomie. Politische Texte von Karl Heinz Roth, Hamburg 1993
4) Der thesenhafte Widerspruch wird Roths Text nicht gerecht. Eine ausführliche und begründete Auseinandersetzung um die ökonomischen und sozialen Entwicklungen und Roths Analyse planen wir für die nächste BAHAMAS-Ausgabe.
5) Dieser Gedanke folgt einer Überlegung von Detlef zum Winkel, Deutsche Frage — welche Frage? In: Kongreßreader "Nie wieder Deutschland", Radikale Linke, 1990





Aktionsplattform Kurdistan

Seit dem 6.5.1994 trifft sich eine Plattform, bei der sich langfristig verschiedene aktionswillige kurdische, türkische und deutsche politische Menschenrechts- und Friedensgruppen und Einzelpersonen treffen und koordinieren können, die

gegen die Beihilfe der deutschen Regierung zum Völkermord in Kurdistan
gegen das dezidierte Schweigen der Bundesregierung zu Menschenrechtsverletzungen in Kurdistan und der Türkei
gegen die Kriminalisierung und in der Folge die Abschiebung der kurdischen Bewegung aus der BRD und
gegen die rassistische Vereinnahmung des Themas in den Medien für den bundesdeutschen Wahlkampf

einschreiten und ein offenes nichtrassistisches Gesellschaftsverständnis erarbeiten wollen.

Konkrete Aktionen sollen geplant werden.

Termine:
Nächte Treffen im AStA der TU, Marchstraße 6
am Montag, den 16.5. um 19.00 Uhr
am Samstag, den 26.5. um 14.00 Uhr



Dies sind zwei Texte, die den Interessen nachgehen, die hinter der Abschaffung des Asylrechts stehen. Der erste Text stellt einige Thesen zu diesen Zusammenhängen auf. Der Zweite besteht aus Anmerkungen und Kritik zu/am ersten. Diese Form wurde beibehalten, einerseits aus Zeitgründen und andererseits, weil es sowieso keine einfachen, allgemeingültigen Antworten auf diese Fragen geben dürfte. Also wozu ein Text, der den Anschein von Perfektion und umfassender Erkenntnis erweckt? Diese Beiträge sollen vielmehr dazu beitragen, die bestehenden Verhältnisse und die daraus folgenden Konsequenzen differenziert zu erkennen. Um besser zu finden, auf welche Stellen des ersten Textes sich der zweite bezieht, ist das ganze durchnummeriert.

Thesen zu Flüchtlingen und Illegalität



I.

1.Vorweg: Die folgende Betrachtung bezieht sich vor allem auf Fluchtgründe wie religiöse, politische Verfolgung oder auf solche wie Hunger, Umweltzerstörung und sonstige fehlende Lebensgrundlagen oder -Perspektiven. Viele Frauen fliehen jedoch vor sexistischer Unterdruckung und Ausbeutung, dies sind die frauenspezifischen Fluchtgründe. Diese Fluchtbewegungen spielen sich jedoch fast ausschließlich innerhalb der Herkunftsregionen ab. Es gibt viele Gründe, die diesen Frauen eine weiter weg führende Flucht unmöglich machen, wie (frauenspezifische) Armut oder die schlechten Sprachkenntnisse aufgrund der sexistischen schulischen Ausbildung. Viele Mädchen erhalten (wenn überhaupt) nicht nur in den Trikontländern, dort aber oft in noch größerem Maß, als in den reichen Regionen, eine schlechtere Schulbildung, als Jungen. Sichtbar wird dieser Unterschied in den Möglichkeiten zu fliehen darin, daß es in der hiesigen Region fast keine alleinstehenden Flüchtlingsfrauen aus dem Trikont gibt, die Asyl beantragen.

2. Es gibt allerdings spezifisch weibliche Formen des Lebensunterhalterwerbs von Migrantinnen, die oft illegal laufen. Besonders sind hier legale und noch mehr illegale Prostitution, illegale Frauenarbeit in der Landwirtschaft, im Hotel- und Gaststättengewerbe und als Haushaltshilfen zu nennen.

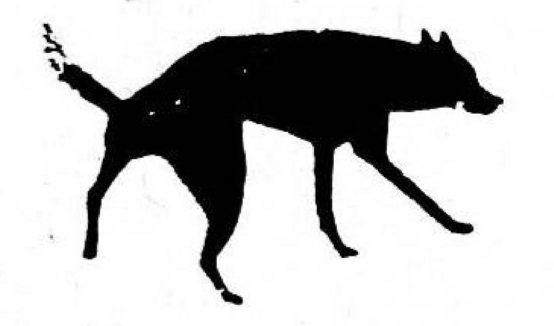
Die Abschaffung des Asylrechts dürfte auf diese meist illegalen Formen der weiblichen Migration keine allzugroßen quantitativen Auswirkungen haben, was aber an der dramatischen Änderung der Einzelschicksale der davon betroffenen Frauen nichts ändert. Hier sind viele Fragen offen, eine genauere Überlegung über diesen frauenspezifischen Bereich wäre sehr sinnvoll, kann und soll aber an dieser Stelle nicht gemacht werden. Die großen Flüchtlingsgruppen, die vor allem von der Asylrechtsabschaffung betroffen sein dürften, sind alleinstehende Männer und Familien. Deshalb sollen sich die folgenden Thesen im weiteren auf diese beziehen.

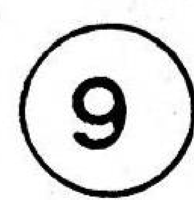


II.

1.Die Verhältnisse, vor denen Flüchtlinge aus "ihren" Herkunftsländern fliehen, sind im wesentlichen von Kapital und Politik der Metropolenländer verursacht. Wirtschaftliche und soziale Ausbeutungsverhältnisse werden bewußt geschaffen und aufrechterhalten, denn sie sind die Quelle des großen Profits, der mittels der bestehenden Ausbeutungsweltordnung auf dem Weltmarkt erzielt wird. Ein weiterer Fluchtgrund sind die offen militärischen Unterdrückungsverhältnisse, die von den Machthabern der Metropolen vor allem im Trikont installiert werden, aus politischem und strategischem Kalkül. Dies dient wiederum nicht zuletzt der Durchsetzung der weiteren Ausbeutung.

2.Flüchtlinge flüchten also vor Hunger, Ausbeutung, Kriegen und politischer Verfolgung, die von den Machthabern der Metropolen geschaffen wurden/werden. Die Situation in den Herkunftsländern bietet oft keinerlei Lebensperspektive oder bedroht ihr Leben ganz direkt. Deshalb sind viele Flüchtlinge durch Abschreckung nicht aufzuhalten. Sie kommen so oder so in die reichen Länder, um ihr Recht auf Leben und ihren Anteil durchzusetzen. Das wissen die Herrschenden auch ganz genau.





Mit Tränengas und Handschellen gegen protestierende Frauen

- Brutaler Polizeieinsatz am Frauenstreiktag am 8. März 1994 -

Am internationalen Frauentag war eine bundesweite Protestaktion mit dem Motto: „Jetzt schlägt's 13" angesetzt. Um 13.00 Uhr entschlossen sich deshalb Münsteranerinnen, zum Ludgerikreisel zu gehen und auf sich aufmerksam zu machen. So wollten sie ihren Forderungen nach Gleichberechtigung Nachdruck verleihen.

Etwa 100 Frauen spazierten singend über die Zebrastreifen und informierten die AutofahrerInnen über ihre Anliegen. Mit Flugblättern, Luftballons und Lila-Pause-Bonbons zogen so Frauen jeden Alters und Kinder um den Kreisel.

Die fröhlichen, ausgelassenen Frauen, die gemeinsam ihr Recht einforderten, kamen mit vielen BürgerInnen ins Gespräch. Die Reaktionen reichten von Verständnis und Solidarität bis zu Beschimpfungen als „Emanzen" und Schlimmem. Einige Autofahrer versuchten sogar mit dem Auto gegen die Fußgängerinnen anzugehen.

Zu dieser Zeit beobachteten die anwesenden Polizisten das Geschehen und griffen nur selten zur Verkehrsregelung ein.

Nach ihrer rund halbstündigen Aktion verließen die Frauen den Kreisel und zogen in Richtung Rathaus zur Auftaktkundgebung des großen Frauenumzugs.

Für alle Frauen völlig überraschend kam es in der Königstraße dann zu einem Polizeieinsatz. Mehrere Polizisten hielten auf dem Fußweg eine Frau fest. Für diesen Eingriff war kein Grund ersichtlich. Deshalb wollten die umstehenden Frauen sie vorm Abtransport schützen, indem sie die Frau festhielten, und skandierten „Los lassen!". Verstärkt durch weitere Polizeibeamte griffen die Männer agressiv durch und zerrten sie in Richtung des Einsatzwagens. Sie schlugen die in ihrem Weg stehenden Frauen und warfen einige auf die Straße, gegen Fahrräder und parkende Autos. So bildeten sie einen Kessel um die Festgehaltene, schleppten sie zum Einsatzwagen und zerrten sie im Würgegriff in den Innenraum. Dabei ging ihre Brille zu Bruch. In dem bereits geschlossenen Mannschaftswagen wurde sie weiter gewürgt am Boden gehalten. Währenddessen hatten einige Polizisten eine andere Frau wahllos aus der Menge gegriffen, wobei ein Beamter sagte: „Die nehmen wir auch noch mit". Als diese bereits kopfüber in den Polizeigriff genommen worden war, bekam sie Reizgas in die Augen gesprüht und wurde dann in Handschellen gelegt und an den Haaren durch die Menge gezerrt. Auch sie wurde bei der Aktion von den Polizisten gewürgt.

Auf das Angebot der festgenommenen Frauen, sofort die Personalien überprüfen zu lassen, sind die Beamten nicht eingegangen.

Ein Beamter rief von außen: „Jetzt heult ihr, Mädchen." Auch von den anderen Beamten wurden sie herablassend behandelt mit Sprüchen wie:

„Jetzt sagen Sie mal, war es das wert?"

oder: „Was soll das eigentlich, Mädchen?"



Als beide Festgenommenen sich in dem Wagen befanden, kam es zu weiteren Ausschreitungen von Seiten der Polizei. Einige Frauen, die um den Wagen standen, wurden zur Seite gedrängt. Dabei ist Tränengas auch aus nächster Distanz eingesetzt worden und eine Frau wurde mit dem Kopf gegen ein Auto geschleudert.

Auf die mehrfache Frage einiger Angegriffener nach Namen oder Dienstnummer verweigerten die Polizisten jede Auskunft. In einem Fall reagierte der angesprochene Beamter, indem er der Fragenden erneut Reizgas direkt in die Augen sprühte.

Der Einsatzwagen brachte die Festgenommenen zum Polizeipräsidium. Nach der Personalienaufnahme wurden sie einer Leibesvisitation und Durchsuchung unterzogen.

Es war außerdem die Rede von Vergehen wie:

Landfriedensbruch
Widerstand gegen die Staatsgewalt
Versuchter Gefangenenbefreiung
Verstoß gegen das Versammlungsgesetz
Verweigerter Personalienangabe

Erste Stellungnahmen der Polizei verneinten den Reizgaseinsatz und die Gewaltanwendung, obwohl Frauen sich bereits Verletzungen wie Prellungen, Schürfwunden, Würgemale und Reizungen durch das Gas haben attestieren lassen. Außerdem behauptete die Polizei, die zuerst Festgenommene hätte die Umstehenden zur Hilfe aufgefordert, was nicht der Fall war. In einer zweiten Pressemitteilung wurde zwar der Reizgaseinsatz eingeräumt, die Vorgehensweise aber verharmlosend dargestellt.

Frauen waren friedlich für ihr Recht auf die Straße gegangen, die Polizei reagierte vollkommen unangemessen und agressiv.

Wir fordern eine genaue Untersuchung der Vorgänge am Frauenstreiktag und eine angemessene Stellungnahme der Polizei.

Wir protestieren gegen die Gewaltdemonstration der Polizei gegenüber den Frauen am Frauenstreiktag.

Alle, die uns als Zeuginnen, Strafantragstellerinnen, Fotografinnen oder Journalistinnen unterstützten wollen, bitten wir, sich im Lesbenreferat der Uni, Schloßplatz 1, 48149 Münster, Tel. 832283, zu melden.

Spendenkonto für Prozesskostenkasse:
Stadtsparkasse Münster
BLZ: 400 501 50
Kontonummer: 302 386 438
Inhaberin: Anja Rabeneck

Unterzeichnerinnen:



...und einzelne Augenzeuginnen

5.Führende PolitikerInnen aller großen Parteien und auch etliche GewerkschaftsfunktionärInnen fordern inzwischen ganz unverblümt die Einführung eines zweiten Arbeitsmarktes mit drastisch niedrigerem Lohnniveau, als es bisher durch Tarifvereinbarungen garantiert werden soll. Dies zeigt deutlich, daß das Abdrängen vieler Flüchtlinge in die Illegalität der Anfang einer weite Kreise der Gesellschaft betreffenden Entgarantierung und Deregulierung darstellt. Der Anfang wurde bei den schwächsten Teilen der Bevölkerung gemacht, zunehmend werden nun die bisherigen gesellschaftlichen Verhältnisse von unten her umgekrempelt. Das Vorhandensein stigmatisierter Gesellschaftsteile ist notwendige Voraussetzung jeglicher sozialer und ökonomischer Deregulierung. Latent in der Bevölkerung existierender Rassismus wird an dieser Stelle als altbewährtes Spaltungsinstrument gezielt gefördert, um unterprivilegierte Schichten von solchen mit mehr Privilegien weiter abzutrennen. Selbst diese unterprivilegierten Bevölkerungsgruppen sollen gegeneinander ausgespielt werden, z.B. Leute mit deutscher bzw. EG-StaatsbürgerInschaft gegen illegale Flüchtlinge. Dies verhindert Formen der Solidarisierung sowohl zwischen den unterschiedlichen Gesellschaftsschichten als auch unter den unterprivilegierten Bevölkerungsgruppen selbst und beugt so der Entstehung gemeinsamen Widerstands vor.

6.Auch die Funktion des neuen Sozialausweises erklärt sich aus dem ökonomischen Interesse des staatlichen Krisenmanagements. (Er wurde zuerst in der BRD eingeführt.) Er soll angeblich der Bekämpfung der illegalen Arbeit dienen und um dies zu illustrieren, wurden großangelegte Razzien mit viel Medienrummel inszeniert. Tatsächlich werden aber mit diesen Razzien illegale ArbeiterInnen in Bewegung gehalten. Die ohne gültigen Sozialausweis aufgegriffenen ArbeiterInnen ohne deutschen Paß, d.h. alle illegalen MigrantInnen, werden sofort abgeschoben. Das Ziel ist hier eine fortlaufende Stigmatisierung, ebenso die Verhinderung der Organisierung von Widerstand und die Erschwerung von festeren Strukturen überhaupt. Möglich ist dies, ohne daß die Wirtschaft Schaden nimmt, da neue Billigstarbeitskräfte aufgrund der wachsenden Anzahl an illegalen MigrantInnen jederzeit verfügbar sind. Dies ist der ökonomische Zweck der Asylrechtsabschaffung (siehe oben). Die Bußgelder, die den von Razzien betroffenen Unternehmen in z.T. beträchtlicher Höhe auferlegt werden, sind eine besondere Art der Besteuerung des von illegalen ArbeiterInnen erwirtschafteten Profits, eine Art "Schwarzgewerbesteuer". Auf dem Weg einer normalen Besteuerung ist dieser umfangreiche Wirtschaftszweig für den Staat nicht erfaßbar, da dies ein offizielles Eingeständnis der Existenz eines Solchen wäre. Allerdings möchte der Staat auch nicht auf eine Gewinnbeteiligung verzichten, da dieser Bereich zunehmend wächst, beträchtliche Gewinne abwirft und der Staat in einer großen Finanzmisere steckt.



3. Größte Krise des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems? Ich würde zumindest die Einschränkung "nach dem 2. Weltkrieg" anfügen.
Inwieweit beteht überhaupt ein Interesse an riesigen Investitionen?
Beschreibung der geplanten Profitmaximierung für BRD und EG sicherlich sehr treffend, inwieweit auch für Japan und USA (wo ja gerade eine gesetzliche Krankenversicherung engeführt werden soll, nicht zuletzt, weil ja der Mittelstand immer mehr von dem maroden Gesundheitssystem betroffen war und sicherlich auch zu Befriedungszwecken)?

IV.
1. Allein die Anwesenheit der BGS-Patrouillen führt wohl eher zum Zurückschwimmen und Ertrinken, als durch Abgabe von Warnschüssen. Das Problem ist, daß bisher überhaupt keine Zahlen vorliegen. Die Neiße hat an vielen Stellen übrigens keine starke Strömung und läßt sich im Somer in der Gegend um Görlitz zu Fuß durchqueren.
Ich bin zusätzlich noch der Meinung, daß die Verschärfung der Grenzkontrollen den nicht unwichtigen Nebeneffekt hat, daß gerade die Gruppe von Flüchtlingen, die in der BRD als illegale Arbeitskräfte benötigt weden, die besten Chancen haben, über die Grenze zu kommen: junge, gesunde, alleinstehende Personen, vorwiegend männlich. Der "Transfer" von Frauen aus Osteuropa zwecks Prostitution und Zwangsheirat ist ja schon viel höher und unauffällig organisiert und trifft in einer patiarchalen Gesellschaft natürlich auch nicht auf allzuviele Kontrollen und Gegenmaßnahmen.
2. Zur Situation in den Lagern würde ich noch ergänzen, daß mittels des "Asylbewerberleistungsgesetzes" und der Umstellung der Sozialhilfe auf Sachleistungen die Flüchtlnge noch weiter sozial isoliert und stigmatisiert werden. Außerdem wird mit diesem Gesetz zum ersten Mal pauschal eine Gruppe von der Sozialhilfe ausgeschlossen. Es stellt sich die Frage, ob dies, bei zunehmender sozialer Verschärfung die letzte bleiben sollte? Ein weiterer Effekt von Großlagern ist auch, der deutschen Bevölkerung trotz drastisch sinkender Flüchtlingszahlen weiterhin eine Bedrohung zu sugerieren.

3.a) Auch bisher sind von den 17,5 Mio. Flüchtlingen sowieso nur maximal 5% in den Metropolen angekommen. Die Kontaktaufnahme an der Genze halte ich für nicht leistbar. Viele Flüchtlinge wissen viel besser, als irgendwelche anti-rassistischen Gruppen, wie sie ins Land kommen können und verschwinden so schnell wie möglich aus der Grenzregion.
b) Eine rechtliche Beratung ist nicht völlig sinnlos, da Bundesamt und AusländerInnenbehörden sich nicht einmal an die Vorschriften halten, in einigen Einzelfällen also durchaus etwas erreicht werden kann. Das bietet allerdings keinerlei politische Perspektive und liegt links-liberalen und kirchlichen Gruppen wohl näher. Fraglich ist nur, ob diese auch weiterhin in diesem Bereich tätig sein werden.
c) Werden tatsächlich in einem absehbaren Zeitraum große Gruppen der deutschen Bevölkerung in der Illegalität oder deren Rand leben müssen? Welche? Und selbst wenn, würde deren Situation nicht noch viel besser, als die der Flüchtlnge sein?
Den letzten Satz finde ich etwas unpassend und unter einem solchen Text für etwas arg selbstbezogen. Erst einmal steht er recht unvermittelt da, da im Text nicht auf eine wahrscheinliche Verschärfungvon Repression, Entdemokratisierung und die Gefahr autoritärer Herrschaftsform hier eingegangen wird. Außerdem ist ein Abtauchen in die Illegalität auch zukünftig für die weiße Linke die Folge einer Entscheidung. Sie könnten sich auch anpassen, was bisher ja auch viele getan haben. Den Flüchtlingen bleibt überhaupt keine Entscheidung, und ihre Bedrohung ist in den meisten Fällen sicherlich größer. Ich fände es momentan interessant zu überlegen, wie man mit illegalen Flüchtlingsstrukturen in Verbindung kommen könnte. Ein Hauptproblem ist sicherlich, daß wir in unseren Kreisen meist nur den politischen Aspekt diskutieren und uns mit der Alltagssituation von Flüchtlingen kaum auseinandersetzen und in unseren Möglichkeiten zur Unterstützung auch beschränkt sind. Ich denke aber andererseits, daß bereits hier lebende MigrantInnen mit gesichertem Aufenthalt Strukturen schaffen, um illegale MigrantInnen zu unterstützen (z.B. KurdInnen und Roma). Mit Unterstützungsarbeit und Zusammenarbeit hier anzusetzen, bietet vielleicht eine längerfristigere Perspektive von Flüchtlingsarbeit und Zusammenarbeit (!), als die bisherigen Versuche. Bei all dem sollten wir uns aber dafor hüten, den Teufel an die Wand zu malen und zu lamentieren, daß alles nur noch schlimmer kommen wird. Ich halte es aber für wichtig, Entwicklungen, Möglichkeiten und Gefahren zukünftiger staatlicher Politik abzuwägen,denn nur so wird es irgendwann möglich sein, aus einer meist reagierenden Defensive wieder in eine perspektivisch orientierte Praxis zu kommen.

Calvin & Hobbes



Anmerkungen und Kritik

Im Bezug auf das Verhältnis und der Definition von Metropolen und Trikont weist der Text einige Lücken auf:
Meiner Meinung nach kann Osteuropa nicht ohne weiteres unter den klassischen Begriff des Trikonts subsummiert werden. Weiterhin denke ich, daß das Interesse und die Politik gegenüber Osteuropa seitens der westlichen Industriestaaten differiert und nicht so eindeutig ist, wie gegenüber dem klassischen Trikont. (So sehe ich z.B. Unterschiede zwischen Westeuropa, USA und Japan.) Ferner ist die osteuropäische Entwicklung der letzten vier Jahre und die sich darauf beziehende Politik des Westens nicht direkt mit dem Verhältnis und der Entwicklung im klassischen Trikont zu vergleichen (z.B. neuer Nationalismus, ehtnische Konflikte; Unterschiede der westlichen Reaktion bezüglich 2.Golfkrieg/Ex-Jugoslawien/Somalia). Noch ist die Frage offen, ob das westliche Kapital Osteuropa tatsächlich als neuen Absatzmarkt gewinnen kann und will oder ob diese Region nur als billige Rohstoffquelle und Mülldeponie, sowie als bedingte Lieferantinhochmobiler, billiger Arbeitskräfte dienen soll und vielleicht eine Entwicklung eintritt, in der die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung dort, ähnlich wie in Afrika, für den Weltmarkt völlig bedeutungslos ist und getrost verhungern kann.
Diese Fragen fehlen natürlich nicht nur in deinem Text, dessen Rahmen sie vielleicht auch sprengen würden, sondern sind ein Defizit fast der gesamtenm linksradikalen Theorie der letzten Jahre. Gerade deshalb und auch angesichts der Tatsache, daß mittlerweile 90% der offiziell in der BRD erfassten Flüchtlinge aus Osteuropa kommen, hielt ich ein kurzes Aufreißen für notwendig.
Zu den Punkten im einzelnen:

I.
Frauenspezifische Fluchtgründe werden in den westlichen Metropolen auch nirgendwo anerkannt. (Einzige Ausnahme: zwei gerichtliche Einzelfallentscheidungen in Australien.)
1. In der Regel ist es auch so, daß wenn eine Familie einem Mitglied die Flucht ermöglichet und finanziert, dieses Mitglied männlich ist.

II.
2. Weiterer Fluchtgrund: ethnische Verfolgung (Bosnien, Roma in Rumänien).
3. Die BRD hat wohl eine Vorreiterinnenrolle (siehe Schengener Abkommen, Asylrechtsänderungen in den Niederlanden, Frankreich).
Ist Vereinzelung und häufiger Ortswechsel tatsächlich immer die Konsequenz? Gerade in Großstädten der BRD (noch viel ausgedehnter in Frankreich, Niederlanden, USA) gibt es gut funktionierende illegale Strukturen, die der Vereinzelung entgegen wirken und einen gewissen Schutz bieten. Deren Zielsetzung ist aber primär die Erhaltung der notwendigsten Lebensvoraussetzungen.

III.

1. Die Änderung führt zu einer differenzierten Hierarchisierung von Flüchtlingen und MigrantInnen: EG-AusländerInnen, ehemalige GastarbeiterInnen mit gesichertem Aufenthaltsrecht (evtl. mit dopelter StaatsbürgerInnenschaft), anerkannte Flüchtlinge, SaisonarbeiterInnen (überwiegend aus Osteuropa), Kontingentsflüchtlinge, Illegale. In Bezug auf diese Hierarchisierung, sowie der Deregulierung des Arbeitsmarktes scheint mir die "Pendelmigration" von SaisonarbeiterInnen zukünftig eine große Rolle spielen zu können. Was momentan noch im sehr kleinen Rahmen ausprobiert wird, ausländische Arbeitskräfte konjunkturabhängig und flexibel immer nur zeitlich begrenzt ins Land zu holen, ohne daß sie jemals einen unabhängigen Aufenthaltsstatus erhalten können, kann in naher Zukunft schon gängige Praxis werden. Die weitergehende Gefahr, die darin stecken könnte ist, daß bei anhaltender Rezession und vor allem bei sinkendem Arbeitskräftebedarf es auch der Fall sein könnte, daß sich die rechtliche Situation der "alteingesessenen" MigrantInnen in der BRD deutlich verschlechtern könnte. Ein Signal in diese Richtung ist der Umgang mit den ehemaligen VertragsarbeiterInnen aus der DDR. Da deren Arbeitskraft nicht mehr benötigt wird, werden einfach seitens der BRD als Rechtsnachfolgerin Verträge gebrochen und die Betroffenen, einhergehend mit einer breiten Kriminalisierungskampagne, einfach rausgeschmissen. In den meisten Fällen geschieht dies gegen den Willen der Herkunftsänder. Natürlich ist es bei einem Land wie Vietnam leichter den "entwicklungspolitischen Hebel anzusetzen", wie es Außenminister Kinkel so treffend formuliert hat, um die eigene Politik durchzusetzen, als z.B. beim NATO-Partner Türkei. Trotzdem sollte diese Möglichkeit nicht außer acht gelassen werden, auch wenn sie voraussichtlich langsam und sehr abgestuft eintreten sollte.

IV.

Die Abschreckungspolitik:

1.Die konkrete Flüchtlingsabschreckungspolitik sieht nun so aus: die reichen EG-Staaten treten bisher als relativ geschlossener Block auf. Sie schotten sich gegenüber den ärmeren Süd- und Ostregionen mit scharf bewachten Grenzen ab. An der deutsch-polnischen Grenze gehören Flüchtlinge, die beim Versuch, die Grenzflüsse Oder oder Neiße zu durchschwimmen, ums Leben kommen, inzwischen zum Alltag. Oft werden diese Todesfälle von GrenzschützerInnen verursacht, z.B. durch Warnschüsse, um die Flüchtlinge am Erreichen des deutschen Ufers zu hindern. Dies geschieht auch im Winter. Zusammen mit dem Wissen um die Strömung der beiden Flüsse ist dies als Billigung des Todes der Flüchtlinge zu werten. Viele Flüchtlinge erleiden beim Abspringen aus fahrenden Zügen kurz hinter der Grenze schwere Verletzungen.

Sogenannte "Rücknahmeabkommen", die nichts anderes als Verträge über eine Legalisierung von Massendeportationen sind, werden einigen osteuropäischen Regierungen mittels erpresserischem Druck einerseits und finanziellen Versprechungen andererseits abgenötigt. Sie ermöglichen die Deportation von Flüchtlingen in osteuropäische Länder in einem Ausmaß, das in der Nachkriegsgeschichte Europas einmalig ist. Besonders betroffen davon sind bisher Roma. Die wenigen Flüchtlinge, denen eine Einreise überhaupt noch gelingt, werden zunehmend in großen Lagern zu Hunderten und zu Tausenden konzentriert und interniert. Das ganze Asylverfahren läuft innerhalb dieser Lager ab, selbst die Verpflegung wird innerhalb der Lager zwangsweise aufgenötigt. Ein Verlassen der Lager ist aus Sicht der Herrschenden nicht mehr notwendig und wird in den unterschiedlichen Lagern mal mehr, mal weniger unterbunden. In letzter Konsequenz ist die Internierung vollständig. Der Zweck davon ist neben einer reibungsloseren und billigeren bürokratischen Abschiebungsmaschinerie die größere abschreckende Wirkung im Vergleich zu kleinen Unterkünften und als weiteres die erhebliche Erschwerung des Abtauchens von Flüchtlingen, die sich einer drohenden Abschiebung entziehen wollen. Dies steht im Widerspruch zur Logik der Schaffung von illegalen Arbeitskräften (siehe oben). Hier dominiert das Interesse der Abschreckung durch Abschaffung der Menschenrechte und -Würde für diejenigen, die stigmatisiert werden sollen.

2.Ein weiterer Effekt der Errichtung der Flüchtlingslager ist die Etablierung von Großlagern, in denen bis zu Tausende ..n Menschen interniert werden. Inzwischen sind Massendeportationen, die fernab der öffentlichen Aufmerksamkeit ablaufen und die Existenz von Internierungslagern wieder Alltag geworden. Mit Flüchtlingen hat es zunächst erstmal Teile der Schwächsten der Gesellschaft getroffen, die Logik dieses Systems wird zukünftig bis zu einem gewissen Ausmaß immer weitere Kreise stigmatisieren und damit überziehen.

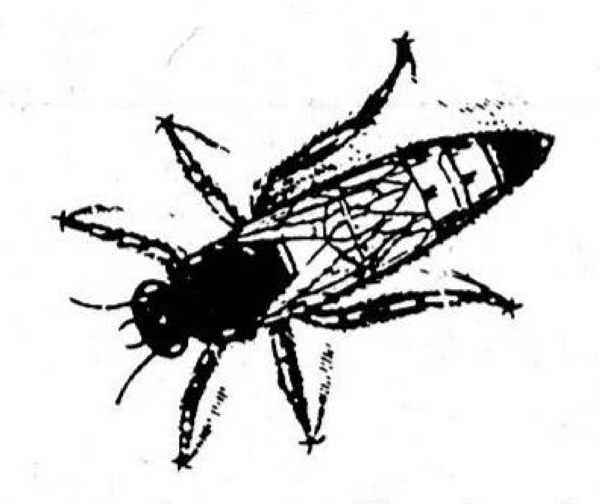


3.Die unmittelbaren Konsequenzen der staatlichen Abschottungs- und Internierungspolitik gegenüber Flüchtlingen sind für die Unterstützungsarbeit zunächst dreierlei:
a) Erstens sinkt bereits die Zahl der Flüchtlinge, die den Weg in die Festung Europa schaffen, drastisch. Ein direkter Kontakt ist zu vielen Flüchtlingen, um sie in welcher Form auch immer zu unterstützen, gar nicht mehr möglich. Er könnte allenfalls direkt an den Grenzen zustande kommen. Eine Frage, die sich hier also stellt ist, wie die Grenze durchlässiger für illegale MigrantInnen werden könnte, denn neu Hierherkommende werden von vornherein illegal einreisen und ein Leben in der Illegalität zu führen versuchen. Flüchtlinge, die auf dem Landweg in die BRD einreisen wollen, haben seit der "Drittstaatenregelung" sowieso keine Chance mehr auf einen legalen Aufenthaltsstatus.
b) Der zweite Aspekt ist der, ob und wie den in Internierungslagern isolierten Menschen geholfen werden kann. Diese Lager sind für Nichtangestellte und ganz besonders für UnterstützerInnen kaum noch betretbar. Darüberhinaus ist die rechtliche Situation, speziell derjenigen Flüchtlinge, die aus sogenannten "sicheren Drittstaaten" eingereist sind, völlig hoffnungslos und eine rechtliche Unterstützung somit sinnlos. Um diese hoffnungslose Lage zu umgehen, tauchen heute bereits viele Flüchtlinge in die Illegalität ab.
c) Drittens und unmittelbar daran anschließend: Die bisherige Linie der westeuropäischen Nachkriegsgesellschaft war es, fast alle Teile der Bevölkerung mehr oder weniger am Ausbeutungsprofit, der aus den Trikontländern herausgepreßt wurde (die sogenannten "positiven Außenhandelsbilanzen"), zu beteiligen und damit zu befrieden. Das nannte sich dann "Sozialpartnerschaft". Wie oben bereits dargestellt, werden nun zunehmend größere Teile der Bevölkerung entgarantiert und in ein Leben am untersten Rand der Gesellschaft getrieben. Ein Mittel um dort zu überleben, ist ein Leben teilweise oder ganz in der Illegalität. Es werden größere Teile der Gesellschaft entstehen und zwar in Ausmaßen, wie sie seit dem Ende der Nazizeit nicht mehr existiert haben, die in diesen Verhältnissen leben. Vereinzeltes Leben in der Illegalität ohne Selbstorganisierung und Unterstützung von legal lebenden Menschen bedeutet ein Leben in äußerst prekären Verhältnissen. Es stellt sich damit die Frage, ob und wie eine Zusammenarbeit mit und zwischen Menschen, die in der Illegalität und mit den unterschiedlichsten sozialen und politischen Identitäten leben, erreicht werden soll und kann. Nicht zuletzt deshalb, weil auch viele Leute aus unseren linken, zumeist weißen Kreisen davon betroffen sind oder betroffen sein werden.

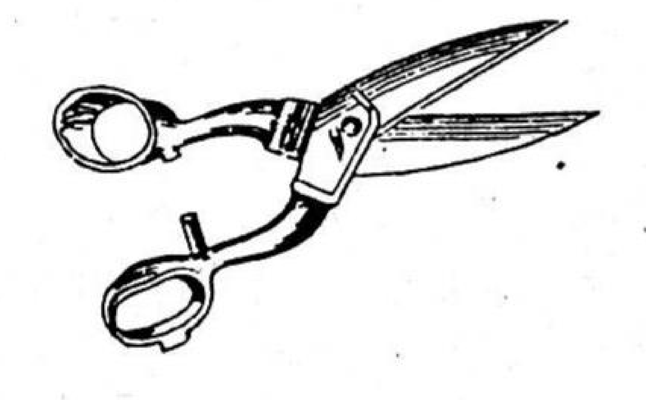




3.Die europäischen Länder und insbesondere die BRD verfolgen gegenüber Flüchtlingen nun eine Doppelstrategie. Zum einen läuft eine Politik der Abschreckung durch die brutalen Verhältnisse, in denen Flüchtlinge hier leben müssen, an den Grenzen und durch Massendeportationen. Dies wird zum Teil offen zugegeben und dabei wird auch bewußt eine Schädigung des internationalen Ansehens als "liberale Demokratie" inkauf genommen. Dadurch soll die Gesamtzahl der legalen und illegalen Flüchtlinge, die hierherkommen, real gesenkt werden und ihre gesellschaftliche Stigmatisierung gefördert werden. Letzteres ist wiederum eine Grundvoraussetzung der zweiten Politikschiene: Durch die Abschaffung des Asylrechts für den größten Teil der Flüchtlinge werden viele hier ankommende Menschen in die Illegalität getrieben, was momentan in den westlichen Metropolen eine wirtschaftliche Notwendigkeit ist. Ein zweiter Arbeitsmarkt auf Billigstlohnniveau, der zum großen Teil auf illegale ArbeiterInnen angewiesen ist, ist derzeit am expandieren. Diese beiden Richtungen stehen auch in einem gewissen Widerspruch zueinander, was weiter unten an der Funktion der Flüchtlingslager deutlich wird. Beide



treffen sich aber wieder am Punkt der Stigmatisierung von Flüchtlingen. Insbesondere illegale Flüchtlinge leben in ständiger Angst, entdeckt und abgeschoben zu werden. Zahlreiche Ortswechsel sind notwendig, um nicht aufzufallen. Die Folge ist Vereinzelung. Die staatliche Politik der Brutalisierung wirkt damit dem Entstehen von Strukturen unter Illegalen wirksam entgegen.
Im Folgenden wird zuerst auf den Ablauf und die Bedeutung des Treibens von Menschen in illegale Arbeitsverhältnisse eingegangen. Danach folgt eine weitere Betrachtung der Auswirkungen der Abschreckungspolitik gegenüber Flüchtlingen. Beides muß im Zusammenhang gesehen werden, was hoffentlich deutlich wird. Diese Darstellung ist sicherlich unvollständig, weitere Diskussionen (und Konsequenzen) sind ausdrücklich erwünscht.



III.

Die Abschaffung des Asylrechts:

1.Mit der fast vollständigen Abschaffung des individuellen Rechts auf politisches Asyl wird zweierlei geschaffen:
- eine kleine, dann schon als privilegiert geltende Gruppe von Flüchtlingen mit legalem Aufenthaltsstatus,
- die meisten hierher Flüchtenden müssen sich aber ein Überleben in der Illegalität organisieren. Dazu sind sie von den miesesten Lebens- und Arbeitsverhältnissen abhängig.

2.Genau das ist der eigentliche Hauptzweck der Asylrechtsabschaffung: die ***Deregulierung*** des tariflichen Arbeitsmarktes und des "Sozialen Netzes". Das soll nun genauer erklärt werden:

3.Das kapitalistische Wirtschaftssystem hat sich mit dem Schlucken der östlichen Staaten in die größte Krise seit seines Bestehens gesiegt. Die nun benötigte riesige Menge Investitionskapital ist gar nicht vorhanden. Um diese Krise zu überwinden, wurde nun eine weltweite Kampagne zur Profitmaximierung gestartet. Innerhalb der Metropolen soll das im wesentlichen über eine drastische Reduzierung der Produktionskosten und der sozialen Kosten ("Soziales Netz") erreicht werden. Mit anderen Worten: schlechtere schulische und akademische Ausbildung, Lohnkürzungen, miesere Arbeitsbedingungen, Minimalstrenten, Demontage der Gesundheitsversorgung, drastische Reduzierung von Sozial- und Arbeitslosenkohle und deren Auszahlung nur noch zu schweinischen Bedingungen wie Arbeitspflicht bei Minimalentlohnung usw.

4.Einige Zweige der BRD-Wirtschaft sind heute mehr denn je in der Geschichte Nachkriegseuropas auf das Vorhandensein eines großen Potentials anspruchsloser, flexibler und unterbezahlter Arbeitskräfte, also illegale ArbeiterInnen angewiesen. Ohne sie geht nichts mehr z.B. im Baugewerbe, in der Landwirtschaft (ErntehelferInnen etc.) und im Hotel- und Gaststättengewerbe.



ENDSTATION ABSCHIEBEKNAST

von Büren in Hunger, Folter und Tod!

Die westfälische Kleinstadt Büren hat Erfahrung mit Security. In den 80-er Jahren waren belgische und US-amerikanische Soldaten stationiert. Die Zeiten haben sich geändert, die Soldaten und die 80-er Security, ihre Mittelstreckenraketen, sind weg. Jetzt gibt es in Büren 90-er Security, innere. Die ehemals belgische Kaserne am Stöckersbusch wurde zum größten Abschiebeknast in der BRD umgebaut.

Der Abschiebeknast Büren befindet sich mitten im Wald, acht Kilometer außerhalb der Stadt. Eine Mauer, mehrere hundert Meter lang und fünf Meter hoch, schließt drei sogenannte "Hafthäuser" und ein Verwaltungsgebäude ein. Ab Mitte des Jahres werden 600 oder mehr Flüchtlinge und Migrantinnen in diesem Abschiebeknast eingesperrt sein, z.Zt. sind es bereits mehr als 400.

Bewacht wird der Abschiebeknast in Büren zu 2/3 von "schwarzen Sheriffs" des "security service Kötter". Dem Startbahn-West-erfahrenen security service aus Essen wird ein beträchtlicher Anteil an rechtsradikal denkenden Wachmännern und -frauen in seinen Reihen nachgesagt. Übergriffe werden nur durch Zufall bekannt, die Isolation im Wald und die absolute Rechtlosigkeit der Gefangenen schafft jedoch die Vorraussetzungen für Mißhandlungen.

NRW übernimmt Vorreiterrolle

Insgesamt acht Abschiebeknäste richtete das Land seit Oktober '92 ein. Über 1000 Flüchtlinge und Migrantinnen befinden sich zur Zeit in NRW in Abschiebehaft - noch '88 waren es im Durschnitt "nur" ca. 60 Personen.

Das einzige "Vergehen", dessen sich die Gefangenen schuldig gemacht haben, ist der Versuch, in der BRD zu leben. Grundlage für die Inhaftierung bildet das Ausländergesetz, das z.B. Flüchtlinge, die nach Ablehnung ihres Asylbegehrens die BRD nicht verlassen wollen oder können, mit bis zu 18 Monaten Haft bedroht. Diese Haftzeit soll den deutschen Behörden ermöglichen die Abschiebung vorzubereiten. Flüchtlinge oder Migrantinnen, die keine Papiere haben, sollen mit der Androhung von hohen Haftzeiten zur Mitarbeit an ihrer eigenen Abschiebung erpreßt werden.

Widerstand

Seit der Eröffnung von Abschiebeknästen leisten MigrantInnen und Flüchtlinge in den Knästen Widerstand gegen die Abschiebung, die Willkür der Ausländerbürokratie und die katastrophalen Haftbedingungen. Individuelle und kollektive Hungestreiks haben in allen NRW-Abschiebeknästen stattgefunden. In Gütersloh und Herne versuchten verzweifelte Flüchtlinge, den Knast in Brand zu stecken. In Herne erhängte sich der junge Sudanese Thomas Emanuel Tout Wheinachten '93 auf seiner Zelle.

Vereinzelt ist es gelungen, Schikanen und Übergriffe öffentlich zu machen, oder sogar von außen ein Zeichen der Solidarität mit den Flüchtlingen und Migrantinnen im Knast zu setzen. Der Widerstand und die Kette von Skandalen haben dazu geführt, daß das "rechtsstaatliche Image" der Abschiebeknäste bereits angeknackst ist. Das Justitzministerium versucht nun, KritikerInnen in die "Betreuung" der Gefangenen zu integrieren.

Schreibtischtäter

Seit den sog. Asyl-Kompromissen der sozialdemokratischen Opposition und der Regierung macht sich die Flüchtlingsbürokratie an die Umsetzung der Beschlüsse, die auf Vertreibung oder Illegalisierung von fast allen Flüchtlingen in der BRD hinausläuft. An den Grenzen zu Polen und der Tschchischen Republik werden Bundesgrenzschutz und Soldaten stationiert und an den Flughäfen Internierungslager geschaffen, so daß AsylbewerberInnen ihren Antrag praktisch im Knast stellen müssen und nach Ablehnung sofort abgeschoben werden. Sollten es Flüchtlinge trotzdem bis zur BRD geschafft haben, dauert ihr legaler Aufenthalt oft nur wenige

---

Um den Abschiebeknast in Büren gab es bisher noch keinen größeren Wirbel. Allein die Größe des Knastes macht es unwahrscheinlich, daß Proteste und Widerstand im Knast draußen bekannt werden. Damit das Land und Büren's Knastchef Möller nun aber nicht denken, uns interessierte nicht, was sie im Bürener Wald machen, rufen wir auf zur

DEMONSTRATION am Sonntag dem 29.5.94, 11 Uhr in Büren.

Der 29.05. wurde zur Erinnerung an die Toten in Solingen vor einem Jahr gewählt.

Wochen. Nach der Änderung des Asylverfahrensgesetzes vom Sommer `92, der Eröffnung von Sammellagern zur Durchführung eines Schnellverfahrens, sind selbst minimale Rechte und Klagemöglichkeiten ausgeschaltet. In NRW regeln "Zentrale Ausländerbehörden" und Koordinierungsstellen im Innenministerium die administrative Seite der Massenabschiebungen. Abschluß von Charterverträgen mit Fluggesellschaften über Abschiebeflüge, Erfinden von neuen "Abschiebemöglichkeiten", politischer Druck auf Botschaften, Menschen mit ungeklärter Identität Papiere auszustellen, gehört zu den Aufgaben dieser neuen Bürokratien.



Eine Politik, deren Ziel es ist, "keine Abschiebedefizite" zuzulassen, greift auf diesen zum Teil neuen Verfolgungs- und Repressionsapparat zurück; Abschiebeknäste nehmen darin eine zentrale Rolle ein. Die wenigsten Flüchtlinge lassen sich "freiwillig" in ihr Herkunftsland deportieren - in Kriegssituationen, politische Verfolgung oder eine durch "Strukturanpassung" an die "Welt"wirtschaft produzierte Katastrophe.

Abschiebung als Strafe

Die Funktion von Abschiebeknästen beschränkt sich nicht darauf, Flüchtlinge, die Asyl beantragt haben, nach Ablehnung bis zur Abschiebung unter Kontrolle zu haben. Die Praxis von Abschiebehaft weitet sich zunehmend auf Nicht-Deutsche allgemein aus. Junkies mit oder ohne Aufenthaltsberechtigung werden aus der Entziehungskur geholt und in Abschiebeknäste gebracht. Jungen, wütenden TürkInnen, die nach den Morden von Solingen auf die Straße gingen und Scheiben einwarfen, wurde von Innenminister Schnoor mit Abschiebung gedroht. Wenn Bundesinnenminister Kanther gegen protestierende KurdInnen ein ausländerrechtliches Instrumentarium anwenden will, zeigt dies ausnahmsweise öffentlich, daß dieses Instrumentarium existiert. Es wird möglich, daß "unnütze", rebellische oder politisch organisierte MigrantInnen einfach "entfernt" werden - eine Art Wiederkehr von Gutsherrenmentalität im nationalstaatlichen oder europäischen Gewand.

Selektion

Gerade wenn die Grenzen der EU aus ökonomischen Gründen nicht völlig dicht gemacht, sondern in Zukunft selektiv nach Verwertbarkeitskriterien geöffnet werden, bietet das "Instrumentarium" die Möglichkeit einer Nachselektion unter denen, die hereingekommen sind. Da ein beträchtlicher Teil der ArbeiterInnen in den Drecksjobs keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, bedeutet dies ein Repressionsmittel gegen Unruhe "von unten", egal, ob sie sich in Vandalismus, Protest oder Widerstand äußert.

Sexistische und rassistische Ausbeutungsverhältnisse werden durch die Verfolgung mit dem Ausländerrecht eher unterstützt als verhindert. Im Frauenabschiebeknast Neuss werden zwangsprostituierte, nicht-deutsche Frauen eingeknastet. Die Bordellbesitzer kommen ohne Strafe davon, weil die Zeuginnen abgeschoben werden.

Abschiebeknäste sind auch ein Zeichen an die deutsche Bevölkerung. Wer schon einmal die Befriedigung mancher AusländerbeamtInnen über eine Inhaftierung oder Abschiebung miterlebt hat, wird sich nach der Quelle dieser Befriedigung fragen. Gewalt gegen Außenstehende dient der Definition und dem Zusammenhalt der etablierten Gesellschaft. Der "punktuell totalitäre Staat", der Einige verfolgt, damit sich die Mehrheit identifiziert, hat für Flüchtlinge bedrohliche Konturen angenommen.

Abschiebung ist Folter! Abschiebung ist Mord!

Weg mit den Abschiebeknästen!

Bleiberecht für alle Flüchtlinge!

Abfahrt der Busse HBF Bochum 9:00 Uhr pünktlich! Preis 15,-DM erm. 10,-DM

Vorverkauf: DO: Taranta Babu, E: Kneipe Zeche Karl, BO: Kneipe Bhf Langendreer, Autonomes AusländerInnenreferat Bo.

Tel. oder schriftl. können Karten beim Flüchtlingsreferat, Bhf Langendreer, 0234/26611 bestellt werden. So schnell wie möglich bitte!

Veranstalter: Zahlreiche FlüchtlingsunterstützerInnengruppen in NRW

NW 22.4.94

50 am Sonntag nach „Freistunde" nicht wieder eingerückt / Algerier die größte Problemgruppe

Gefangene lehnen sich massiv gegen Haft auf

Büren (fin). Etwa 50 Insassen der Abschiebehaftanstalt haben sich am vergangenen Sonntag massiv gegen die Haftbedingungen aufgelehnt und weigerten sich nach dem einstündigen Freigang in die Unterkunft zurückzukehren. Vollzugsbeamte und private Wachmänner haben laut JVA-Leiter Peter Möller inzwischen teilweise „große Hemmungen und auch Angst" vor den Bedrohungen durch Gefangene (die NW berichtete bereits gestern).

Am Sonntagmittag, so Möller auf Nachfrage gegenüber der NEUEN WESTFÄLISCHEN, hätten sich etwa 80 Personen in zwei Höfen im Freien bewegt. Nur etwa 30 von ihnen wären nach einer Stunde freiwillig in ihre Sechser- oder Achter-Zimmer zurückgegangen. Die anderen wären von Einzelnen „eingepeitscht" worden und hätten sich bis gegen Abend nur durch Versprechungen wieder einschließen lassen. Zusammen mit einem Mitarbeiter der Zentralen Ausländerbehörde aus Bielefeld habe man zugesichert, sich verstärkt um die Anliegen der Inhaftierten zu kümmern.

Dieses Versprechen einzulösen, betrachtet Möller aber als relativ schwierig. Weder die JVA und ihre Bediensteten noch die Mitarbeiter der Zentralen Ausländerbehörden könnten im Prinzip die Probleme lösen: „Was mache ich, wenn sich eine Anzahl Gefangene bis aufs Blut dagegen wehrt, in ihr Heimatland abgeschoben zu werden?" Auf der langen Verweildauer gründeten sich letztlich die extremen Schwierigkeiten.

Mehrere Male mußten bereits Abschiebehäftlinge ins Bürener Krankenhaus gebracht werden, weil sie sich selbst tiefere Wunden beigebracht hatten. Möller zufolge sind seine Mitarbeiter auch bereits mit Messern und „Klingen" aus Wegwerf-Rasierern bedroht worden. Bislang betreut nur an einem Tag in der Woche ein Psychologe die Bediensteten, und die JVA stellte inzwischen den Antrag auf eine volle Stelle.

Die größte Problemgruppe stellen nach Mitteilung Möllers zur Zeit etwa 100 Algerier dar, die auch von keinem speziellen Freundeskreis Hilfe erhalten. — Heute und morgen verhandeln die Verantwortlichen in der Haftanstalt auch mit Vertretern des Innenministeriums über mögliche Antworten auf die Forderungen der Gefangenen.

RHEIN-NECKAR-ZEITUNG, Montag, 2. Mai 1994

Künftig kein Maiansingen mehr am Marktplatz

Nach massiven Störungen durch Autonome: Studentenverbindungen verkünden das Ende einer 100jährigen Tradition

Ein Maiansingen Heidelberger Korporationen am Herkules-Brunnen wird es künftig nicht mehr geben. Nach Zwischenfällen, ausgelöst in der Nacht zum 1. Mai von „etwa 250 Personen der linksautonomen Szene" – so die Polizei in ihrem Pressebericht –, hat die Burschenschaft Allemannia durch ihren Pressesprecher Hans Moritz mitteilen lassen, daß die über einhundertjährige Tradition des Maiansingens nicht mehr in der Öffentlichkeit auf dem Marktplatz vor dem Rathaus stattfindet. Man könne sich nur noch vorstellen, daß das Maiansingen der Verbindungen im Garten eines Verbindungshauses ohne Öffentlichkeit veranstaltet werde.

Die Versuche der linksautonomen Szene, die Maiveranstaltungen der Burschenschaft zu stören, begannen am Samstag abend gegen 22 Uhr. Eine Gruppe von 20 jungen Leuten wollte, laut Angaben der Verbindung, gewaltsam ins Allemannenhaus in der Karlstraße eindringen, in dem rund 100 alte und junge Burschenschafter die Maikneipe feierten. Die Gruppe verzog sich angesichts der Übermacht der Burschenschafter, wie berichtet wurde.

Kurz vor Mitternacht formierte sich dann der Zug der Studenten, teils in Zivil, teils in Wichs, in Richtung Herkulesbrunnen. Die etwa 100 Sänger wurden von den Altstädtern, die von den Fenstern ihrer Häuser aus zusahen, mit Beifall bedacht. Am Herkulesbrunnen gelang es den Sängern gerade noch, die Lieder „Der Mai ist gekommen" und „Alt Heidelberg, du feine" zu singen, dann brach ein Johlen und ein Trillerpfeifenkonzert los, das ein Weitersingen unmöglich machte.

Im Polizeibericht heißt es zum weiteren Verlauf des gesprengten Maiansingens:

„Vereinzelt kam es auch zu Eierwürfen gegen die Sänger. Durch starken Polizeieinsatz gelang es, die Gruppierungen zu trennen. Drei der Eierwerfer wurden für die Dauer der Veranstaltung in Gewahrsam genommen, wobei die Polizei auch kurzfristig den Schlagstock einsetzen mußte."



Zum wiederholten Mal wurde das Maiansingen der Korporationen am Herkules-Brunnen auf dem Marktplatz massiv gestört. Unser linkes Bild zeigt einen Polizeibeamten in Front vor einer johlenden Gruppe von etwa 250 Leuten, daneben die Sänger der Verbindungen, denen es gerade noch gelang „Der Mai ist gekommen" und „Alt Heidelberg, du feine" anzustimmen.

Fotos: Welker

Der Pressesprecher der Burschenschaft Allemannia, Hans Moritz, berichtete zudem der RNZ von einem Zwischenfall in der Ingrimstraße, wo ein Alter Herr zu Boden geschlagen worden sei. Bei ihm wurde eine gebrochene Rippe festgestellt. Ein anderer Burschenschafter wurde bei einer Schlägerei am Auge verletzt. Er mußte in die Kopfklinik eingeliefert und ambulant behandelt werden. Ein anderer Vorfall, wobei einem Burschenschafter eine Bierflasche über den Kopf gezogen wurde, sei glücklicherweise glimpflich verlaufen.

Daß die Aufregungen über den Versuch, ins Allemannenhaus einzudringen für einen der Alten Herren, den 82jährigen Professor Dr. Reinbach, zu viel waren, ist eine von dem Pressesprecher der Allemannen, Hans Moritz, geäußerte Vermutung. Der Alte Herr wurde gestern am frühen Morgen tot in seiner Wohnung gefunden.

Der Pressesprecher der Burschenschaft betonte am Sonntag erneut, daß es sich bei dem traditionellen Maiansingen um „keine politische Veranstaltung handelte". Die angestimmten Lieder hätten keinerlei politische Hintergedanken, vielmehr seien es ausschließlich traditionelle deutsche Frühlingslieder, die gesungen werden sollten.

Inzwischen nahm auch die Landsmannschaft Teutonia Stellung. Sie schreibt: „Wir, die Verbindungsstudenten der Universität Heidelberg, legen Wert auf die Feststellung, daß unser Maisingen, unser gesamtes Tun, völlig unpolitisch ist. Jeder, der versucht, uns dies abzusprechen, zeigt, daß er über Sinn und Inhalte der Korporationen nicht informiert ist." **dh**

<u>Mo. 16.5. 15.30h-18.00h</u>

Offenes Treffen der Frauenlesbengruppen gegen Knast

Unser bisheriger Arbeitsschwerpunkt sind sog. soziale gefangene Frauen. Wir wollen uns mit unserem Antiknastansatz zu verschiedenen Themen verhalten und wünschen uns Zusammenarbeit mit anderen Frauenlesbengruppen. Wenn ihr neugierig auf uns seid, Infos für uns habt oder von uns haben wollt:

KOMMT VORBEI ! Mo.16.5.

Ort: Frauenbüro im Mehringhof, 2. Hofeingang, 4.Etage (rechts)
(Gneisenaustr. 2a, U-Bahn Mehringdamm)

»... sie würden uns gern im Knast begraben.«

Stadtguerilla + RAF + STAMMHEIM

Versuch einer Dokumentation TEIL 1

11.MAI Mi 18.00 Deutschland im Herbst
20.00 Deutschland im Herbst
22.00 Deutschland im Herbst

12.MAI Do 18.30 Projekt Arthur
20.00 Holger Meins - ein Versuch
22.00 Holger Meins - ein Versuch

13.MAI Fr 18.00 Sie würden uns gern im Knast begraben

Sonderveranstaltung:
19.30 »Was aber wären wir für Menschen...«
im Anschluß: offene Diskussion mit den Filmemachern von gruppe 2

14.MAI Sa 18.00 Auf Leben & Tod + Die SPIEGEL-Besetzung
19.30 Sie würden uns gern im Knast begraben
21.00 Projekt Arthur
22.30 Holger Meins - ein Versuch

15.MAI So 18.00 »Was aber wären wir für Menschen ...«
19.30 Holger Meins - ein Versuch
22.00 Holger Meins - ein Versuch

16.MAI Mo 19.00 »Was aber wären wir für Menschen ... «
20.30 »Was aber wären wir für Menschen...«
22.00 Holger Meins - ein Versuch

17.MAI Di 19.00 Auf Leben und Tod
20.00 Die verlorene Ehre der Katharina Blum
22.00 Die verlorene Ehre der Katharina Blum

18.MAI Mi 19.00 Celler Gefangene der RAF im Gespräch
20.00 Rache ist Blutwurst
22.00 Die verlorene Ehre der Katharina Blum

19.MAI Do 18.45 Rache ist Blutwurst
20.00 Celler Gefangene der RAF im Gespräch
21.00 Celler Gefangene der RAF im Gespräch
22.00 Rache ist Blutwurst

Achtung! Nichtkommerzielle Kinoveranstaltung. Es wird vor den Filmen keine Werbung gezeigt. Daher bitten wir um pünktliches Erscheinen.

STATTKINO Berlin Haus der Demokratie
Friedrichstraße 165 U-Bhf. Französische Straße

PROJEKT ARTHUR

1987 Medienwerkstatt Freiburg
Die Gewaltfrage in der Studentenbewegung 1968. Herausbildung der Gruppen: »Bewegung 2.Juni« und »RAF«. (7.+12.+14.5.)

AUF LEBEN UND TOD

Schweden 1979 Hans Hederberg
Aufarbeitung der Geschichte des bewaffneten Kampfes, von der APO bis zu den Toten in Stammheim. Produziert vom schwedischen Fernsehen, eine Ausstrahlung in der BRD erscheint undenkbar. (8.+14.+17.5.)

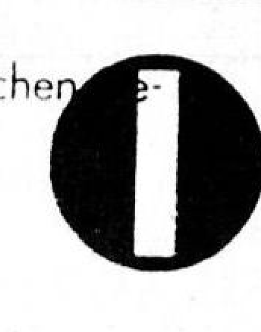
DEUTSCHLAND IM HERBST

1977/78 Fassbinder,Kluge,Schlöndorff,Reitz
Der Film enthält Beiträge von elf Regisseuren, die als ausgeprägte Individualisten bekannt sind. Trotzdem bilden diese Beiträge eine Einheit. Die Einheit der Gegensätze, die auch den Deutschen Herbst 77 kennzeichnet: Unter anderem die Entführung und Ermordung von Hans-Martin Schleyer, der Tod von 3 Mitgliedern der RAF in Stammheim und ihr Begräbnis. (8.+10.+11.5.)



DIE SPIEGEL - BESETZUNG

1981 Stadtjournal Hamburg
Eltern von im Hungerstreik befindlichen Gefangenen der RAF besetzten im Sommer '81 die Verlags-Kantine des SPIEGELs um auf die Situation der Gefangenen aufmerksam zu machen. (14.5.)



GEFANGENE DER RAF IM GESPRÄCH - in der JVA Celle

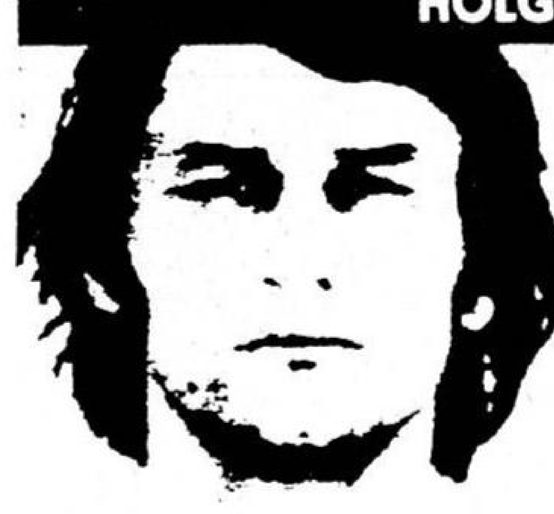
1992 Oliver Tolmein
Nach der Deeskalationserklärung der RAF und der "Kinkel-Initiative" durften die Celler Gefangenen erstmalig dem Privatsender PREMIERE ein Interview geben. Sie sprechen über ihre Geschichte in der Isolationshaft, über Hungerstreiks, darüber, wie sie heute zur Gewalt stehen. (18. + 19.5.)

»WAS ABER WÄREN WIR FÜR MENSCHEN ...«

1993 gruppe 2
Neue Auseinandersetzung mit der Geschichte des bewaffneten Kampfes in der BRD. Beschreibung der Vernichtungsstrategien des Staates. Dokumentarisch wird die Geschichte der RAF verfolgt. Wie in der Realität die Gefangenenproblematik in den Vordergrund rückte, so widmet sich ihr vor allem auch der Film - Isolationshaft und die Toten von Stammheim. Indem ehemalige Gefangene, eine RAF-Mitbegründerin sowie Anwälte und Zeitzeugen zu Wort kommen, stellt der Film einen wichtigen Beitrag zur Geschichtsaneignung dar. Der Polizei und dem Verfassungsschutz ein Dorn im Auge. (13.+15.+16.5.)



HOLGER MEINS - EIN VERSUCH



1982 C. Conradt
Ein Versuch, durch die Person Holger Meins ein Stück Geschichte linker Bewegung im Staate BRD aufzuarbeiten. (12.+14.+15.+16.5.)

SIE WÜRDEN UNS GERN IM KNAST BEGRABEN

1989 Medienzentrum Dortmund
Klaus Croissant war Verteidiger im "Stammheim-Prozeß" 1975. Sein Augenzeugenbericht zeichnet den Beginn der Entwicklung in "Terrorismus"-Verfahren aus der jüngsten deutschen Geschichte n... (8.+9.+1[illegible]14.5.)

RACHE IST BLUTWURST

Frank Heinig
Im Gegensatz zum Titel eher ein nachdenklich stimmender, ernster Film. Die Geschichte einer leichtfertig als Terroristin angeschuldigten Buchhändlerin. (18.+19.5.)



DIE VERLORENE EHRE DER KATHARINA BLUM

1975 Volker Schlöndorff
Nach der gleichnamigen Erzählung von Heinrich Böll über Presse und Staat. Das Schicksal der Katharina Blum im politi[illegible] ...ma Mitte d[illegible] 70er Jahre. [illegible] ...5.)

Null Bock auf Armee

In 750 Fällen polizeiliche Vorführung zur Musterung

Viele junge Berliner haben offenbar Probleme mit der Wehrpflicht, die seit der deutschen Vereinigung erstmals seit Kriegsende auch für sie gilt.

In ihrer gestern veröffentlichten Antwort auf eine Kleine Anfrage aus dem Parlament wies die Bundesregierung darauf hin, daß seit dem 3. Oktober 1990 insgesamt 39 405 Wehrpflichtige der Jahrgänge 1969 bis 1972 in Berlin nachträglich erfaßt worden seien. Von ihnen kämen derzeit 40 Prozent der Erstladung zur Musterung nicht nach und hätten auch keinen Kontakt zum Kreiswehrersatzamt aufgenommen.

In 750 Fällen wurde nach Angaben der Bundesregierung die polizeiliche Vorführung der jungen Männer angeordnet. Insgesamt 161 Wehrpflichtige seien bislang von Polizisten zur Musterung gebracht worden. In 92 weiteren Fällen reichte die Drohung mit der Polizei.

Die Verpflichtung, sich nach Aufforderung zur Musterung vorzustellen, ergibt sich aus dem Wehrpflichtgesetz, dessen Geltung sich wegen des Vier-Mächte-Status bis zur Vereinigung nicht auf Westberlin erstreckt hatte. Ein festgesetzter Termin kann nur aus einem – mit entsprechenden Unterlagen glaubhaft zu machenden – wichtigen Grund wie beispielsweise Heirat verlegt werden. **AP**

Kleine Anfrage
der Abgeordneten Judith Demba, Bündnis 90/Grüne (AL)/UFV
über

Verdeckte Ermittlerinnen der Polizei

Ich frage den Senat:

1. Kann der Senat Pressemeldungen der Interim vom Februar d. J. sowie Meldungen der Interim Nr. 278 vom 17.03.1994 bestätigen, nach denen die Polizeibeamtinnen des MEK (Mobiles Einsatzkommando) Christine Schindke, geb. 25.05.1962 und Ilka Drinhaus jahrelang als verdeckte Ermittlerinnen in der linken Szene eingesetzt waren ?

2. Trifft es zu, daß Christine Schindke insbesondere im Verein SOS Rassismus und innerhalb der Anti - Olympia - Bewegung als verdeckte Ermittlerin für die Polizei tätig war ? Wenn ja, wie lange und mit welchem konkreten Auftrag ?

3. Ist dem Senat bekannt, daß Christine Schindke unmittelbar vor der Veröffentlichung in der Zeitschrift Interim spurlos verschwand ?

4. Welche weiteren Aufgaben hatte Christine Schindke und welche konkreten Aufgaben hatte Ilka Drinhaus ?

5. Wie viele weitere Personen sind im Auftrag des MEK mit ähnlichem Aufgabenkreis eingesetzt ?

6. Wie gewährleistet der Senat die Sicherheit der eingesetzten Personen ?

7. Auf welcher rechtlichen Grundlage erfolgt/e der Einsatz der BeamtInnen des MEK ?

8. Hält der Senat das oben beschriebene Ermittlungsgebahren des MEK für rechtmäßig ? Wenn ja, worauf gründet sich diese Aussage ? Wenn nein, welche Konsequenzen ergeben sich daraus und wie will der Senat ein solches Vorgehen zukünftig ausschließen ?

Berlin, den 2.04.1994
Judith Demba
Judith Demba



"Hallo ist Olli da ?"
Ich bin doch kein Schnatterich - am Telefon erzähl' ich nix !

GAR NICH SO DOOF!

Senatsverwaltung für Inneres
III B 22 - 0331/031
Fernruf: 867 41 08

Abgeordnetenhaus
03. Mai 1994
ab 03.05.94

Frau Abgeordnete Judith Demba (Bündnis 90/Grüne (AL)/UFV)

über

die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Betr.: **A n t w o r t**
auf die Kleine Anfrage Nr. 5268
vom 2. April 1994
über
Verdeckte Ermittlerinnen der Polizei

Im Namen des Senats von Berlin beantworten wir Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

Zu 1. bis 8.: Die Lage im Bereich des Linksextremismus/-terrorismus ist in Berlin seit Jahren durch spektakuläre Einzelstraftaten (z. B. Sprengstoffanschläge auf die Siegessäule und die Amerika-Gedenk-Bibliothek), gewalttätige Ausschreitungen aus bestimmten Anlässen (1. Mai, Staatsbesuche) sowie durch komplexe Straftatenserien im Zusammenhang mit bestimmten Kampagnen gekennzeichnet. Zu letzteren gehört die Anti-Olympia-Kampagne, der Straftatenkomplex unter dem Motto "Oberbaumbrücke bleibt Stadtringlücke" und die Kampagne "Klasse gegen Klasse" mit Angriffen auf Kommunalpolitiker und gegen "Mittelschichtsangehörige".

Um in den jeweiligen Zusammenhängen Gefahren abwehren zu können, setzt die Polizei u. a. Beamte ein, die nicht offen ermitteln, deren Zugehörigkeit zur Polizei für Außenstehende also nicht erkennbar ist.

Die Rechtsgrundlage für derartige Einsätze ergibt sich aus § 18 Abs. 2 Satz 2 oder aus § 26 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 des Allgemeinen Gesetzes zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Berlin (ASOG Bln). Um einen Einsatz **verdeckter Ermittler** im Sinne des § 26 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ASOG Bln handelt es sich nur, wenn die Beamten unter einer Legende eingesetzt werden.

Der Senat hält die Durchführung von verdeckten Maßnahmen in der linksextremistischen Szene für rechtlich zulässig und tatsächlich unverzichtbar. Es besteht kein Zweifel daran, daß es sich bei den o. g. Straftaten - seien es schwere Einzelstraftaten oder solche im Zusammenhang mit einer "Kampagne" - um Straftaten von erheblicher Bedeutung im Sinne des § 17 Abs. 3 ASOG handelt. Zumindest im Zusammenhang mit den "Kampagnen" ist auch mit großer Wahrscheinlichkeit zu erwarten, daß weitere Straftaten begangen werden sollen. Es liegt auf der Hand, daß Ermittlungen in der Szene unverzichtbar sind, um

drohende Straftaten zu verhindern oder Ermittlungsansätze zur Aufklärung bereits begangener Straftaten zu gewinnen. Solche Ermittlungen können nur verdeckt durchgeführt werden, da offen ermittelnde Polizeibeamte keine Chance haben, in die Szene einzudringen. Deshalb sind verdeckte Maßnahmen jedenfalls nach § 18 Abs. 2 ASOG zulässig. Häufig wird allerdings auch die Situation auftreten, daß verdeckt eingesetzte Beamte ihre Tarnung nur mittels einer Legende aufrechterhalten können. In diesem Fall ist auch der Einsatz verdeckter Ermittler nach § 26 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ASOG rechtmäßig.

Es trifft nicht zu, daß eine Beamtin spurlos verschwunden ist. Aus Fürsorgegesichtspunkten sieht sich der Senat nicht in der Lage, weitere Einzelheiten mitzuteilen.

Die Sicherheit der eingesetzten Beamten ist durch Maßnahmen der Polizei gewährleistet. Der Senat wird diese Maßnahmen nicht offenlegen, um nicht zur Enttarnung verdeckt eingesetzter Beamter beizutragen. Deshalb kann er auf die Fragen 1 - 5 nicht näher eingehen.

Berlin, den 26. April 1994

Prof. Dr. Heckelmann



Veranstaltungsort:

barbata anarchistischer MedienladenTel. 7859181

im El Locco Café, Kreuzbergstr. 43, 10965 Berlin (U- und S- Bahn Yorckstr.)





Boykott - der erste Schritt zum Widerstand

Vortrag und Diskussionsveranstaltung mit Video

Boykotte gehören zu den Widerstandsformen der Basis, ähnlich wie Sabotage und Streiks
So vereinzelt Dein Nein zu Shell, Levis, Siemens, Mieten, Wahlen ... zunächst ist, wenn es um sich greift und zum massenhaften Boykott wird, knirscht es im Getriebe der Herrschenden. Die Verweigerung gegen die unmenschliche Wirtschafts- und Politkmaschinerie hat Geschichte. Um 1900 zahlte halb Berlin keine Miete mehr. Aus anarchistischer Sicht sind Boykotte der erste Schritt jeder/s Einzelnen, sich für andere Lebens- und Wirtschaftsformen zu engagieren.

Samstag, den 14.05.94 — 19.00 Uhr

Das Recht auf Faulheit braucht ein gutes Frühstück

Anarchistische Bücher aus dem Medienladen Barbata und Frühstücksbufett

Heißes, Süßes, Herbes für Bauch und Kopf gibt es ab 11 Uhr im El Locco. Zum Frühstücksbufett hat der anarchistische Medienladen Barbata mit libertärer Bibliothek und Buchverkauf geöffnet.

Sonntag, den 15.05.94 — ab 11.00 Uhr

Halt! - Mittwoch - Aussteigen!

Treff der libertären, anarchistischen Menschen, die den ganzen Mist nicht mehr mitmachen

Zwischen Büchern, Frühstück und Zeit füreinander wollen wir uns treffen, um einfach einmal das Gefühl zu genießen, aus der Systemmaschinerie auszusteigen. Heute lassen wir die Schule ausfallen, heute machen wir am Arbeitsplatz blau, heute rennen wir keinen Terminen hinterher - heute machen wir das Wichtigste - heute nehmen wir uns die Zeit für uns.

Mittwoch, den 18.05.1994 — ab 11.00 Uhr

"Stell Dir vor es gibt Arbeit und keine/keiner geht hin".

Diskussionsrunde über die Abschaffung der Arbeit und die anarchistische Gegenwart.

Donnerstag, den 18.05.94 — 19.00 Uhr

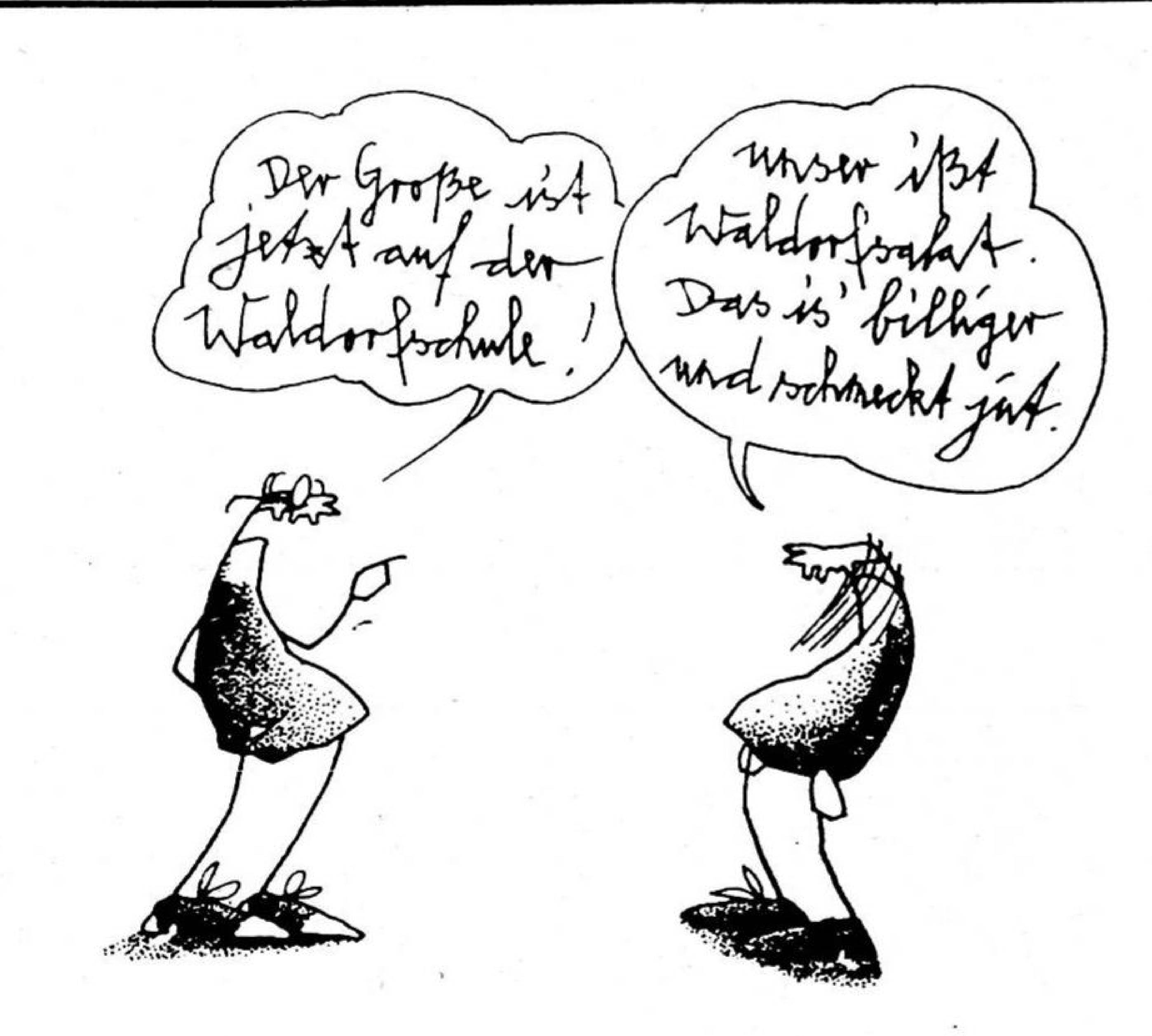
Sonntagabends: Video im Falckeladen

Falckensteinstraße 46 - 10997 Berlin

15. Mai, 19.30 - *Vergessen gilt nicht* -
123 min., Berlin 1994
Der Film zeigt die Anstrengungen, Kämpfe und Geschichte der Angehörigen der Gefangenen aus der RAF am Beispiel einiger Mütter. Die über 20-jährige Geschichte der RAF-Gefangenen ist eng verbunden mit der konsequenten Arbeit ihrer Angehörigen, die letztendlich ihre eigene Geschichte des Kampfes ausserhalb der Knäste entwickelt haben.

Ausnahmsweise montags! 23.Mai, 19.30
"Marchstrasse/Einsteinufer - Wir werden hier wohnen bleiben"
116 min., Berlin 1994
5 Jahre gibt es das besetzte Gelände in Berlin-Charlottenburg: drei Häuser und eine Wagenburg. Seit Oktober 92 laufen 2 Räumungsprozesse. Gegen den Räumungsdruck entstand dieser Film, in dem die Geschichte der Besetzung erzählt wird und einige BewohnerInnen schildern, was mit der Räumung zerschlagen würde.
Das Einsteinufer hat am 26. Mai Prozeß!
Kommt zur Kundgebung vorm Landgericht in der Littenstraße!
Genaueres kommt noch rüber!

★ ROTE SÄGE





Bringt Stehlen wirklich etwas ein!

Rumänien Veranstaltungsreihe in KAA 14

Kurfürstenstr. 14, 10785 Berlin

Donnerstag, den 19. Mai 94 um 20.30 Uhr

Film von Herta Müller und Harry Merkle **-DER FUCHS DER JÄGER-**

Terminkalender:

Fr. 13.5. 19 Uhr *Peru Resiste !* Soliparty zur Unterstützung für ein Jugendzentrum in Lima/Peru
Ort: SEV, Brunnenstr. 7, U-Bahnhof Rosenthaler Platz

Fr. 13.5. 22 Uhr Der neue ***AK-Kraak*** Film (10+1)
Ort: EX im Mehringhof
Diesmal mit: Pärchenlüge - Zwangsversorgung von Flüchtlingen in Köln - Potsdam - Zürich.

14.-18.5. ***AKTIONSTAGE*** Gegen Ausgrenzung und Sicherheitswahn

Mo.16.5. 15.30 bis 18.00 Offenes Treffen der ***Frauenlesbengruppen gegen Knast***
Ort: Frauenbüro im Mehringhof, 2.Hofeingang, 4.Etage rechts, Gneisenaustr. 2a, U-Bahnhof Mehringdamm

Do. 19.5. 19 Uhr ***Hungerstreik und Werksbesetzung***
Peter Hartmann berichtet von der Belfa-Belegschaft
Ort: Galerie Olga Benario, Weserstr.5/Ecke Hobrechtstr., U-Bahnhof Hermannplatz

Platz da!

Gegen Ausgrenzung und Sicherheitswahn

AKTIONS TAGE
14. – 18. Mai

- Sa. 14.5. 14.00 Kiezspaziergang zur Umstrukturierung Großbeeren/Ecke Kreuzbergstraße
  19.00 Friede der Hütte, Krieg der Baracke (Party am SPD-Bauplatz, Wilhelm/Ecke Stresemannstr.)
- **Mo. 16.5. 15.00** Aktionen auf dem Kudamm, Obdachlosentheater 18.00 Kundgebung Breitscheidpl., abends gammeln ● **Di 17.5. 17.00** Schwarzfahren mit dem »Schwarzen Block« – Wachschutz zurückbleiben! (Treffpunkt U-Bhf. Kottbusser Tor) 19.30 Veranstaltung im Statthaus Böcklerpark: »Keine Verdrängung von der Straße« Gruppen und Initiativen berichten

Montags ab 15 Uhr:
Aktionen und gemeinsames Rumgammeln auf dem Q-Damm, Wachschutz nerven usw.

Uns die Stadt!